

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

KIRGISTANS MITGLIEDSCHAFT IN DER EURASISCHEN WIRTSCHAFTSUNION

■ ANALYSE

Warum Kirgistans Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion
bisher kein Erfolg war
Von Ann-Sophie Gast, Berlin

2

■ STATISTIK

Daten zu Wirtschaft und Außenhandel Kirgistans

6

■ CHRONIK

17. Februar – 23. März 2018

10

Kasachstan

10

Kirgistan

12

Tadschikistan

15

Turkmenistan

18

Usbekistan

20

Warum Kirgistans Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion bisher kein Erfolg war

Von Ann-Sophie Gast, Berlin

Zusammenfassung

Seit gut zweieinhalb Jahren ist Kirgistan Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion (EEU). Bisher lassen die erhofften positiven Auswirkungen allerdings noch auf sich warten. Der wirtschaftliche Aufschwung blieb bislang ebenso aus wie der Anstieg der Agrarexporte in die anderen Mitgliedstaaten. Die neuen Export- und Importbestimmungen und Außenzölle der Union haben das weit verbreitete Re-Export Geschäft mit chinesischen Produkten merklich geschwächt, zudem ist die Regierung bisher weitestgehend überfordert mit der Implementierung der EEU-Standards und -Regeln. Die Gründe hierfür sind vielfältig: ein schlecht vorbereiteter Beitritt, die geringe Wettbewerbsfähigkeit der kirgisischen Wirtschaft und der Mangel an Experten lassen sich genauso anführen wie die in der Region um sich greifende Wirtschaftskrise und der Konflikt mit dem großen Nachbarn Kasachstan.

Die Gründe für den EEU-Beitritt

Die Eurasische Wirtschaftsunion (EEU) ist die jüngste Regionalorganisation im postsowjetischen Raum. Sie wurde 2014 von Russland, Kasachstan und Belarus gegründet und nahm ihre Tätigkeit im Januar 2015 auf. Offizielles Ziel ist die Vertiefung der wirtschaftlichen Integration durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, die Koordinierung und Harmonisierung der Wirtschaftspolitik, die Einführung eines gemeinsamen Außenzolls und die Verwirklichung des freien Verkehrs von Waren, Arbeit, Kapital und Dienstleistungen. Die EEU hat einen integrierten Markt von 183 Mio. Menschen und ein gemeinsames BIP von ca. 1,5 Bio. US-Dollar. Ihr Kern ist die Zollunion mit einheitlichen Außenzöllen. Trotz aller offiziellen Beteuerungen ist die EEU aber auch ein geopolitisches Projekt, das dem russischen Interesse dient, die postsowjetischen Staaten unter einem gemeinsamen institutionellen Rahmen zu vereinen, neue Abhängigkeiten zu schaffen und sie dem Einfluss externer Akteure zu entziehen. Darüber hinaus stärkt es Russlands Präsenz auf der politischen Weltbühne.

Neu ist die institutionelle Struktur der Organisation. Zum ersten Mal gibt es nun ein zumindest teilweise supranational agierendes Organ. Die Eurasische Wirtschaftskommission (EEC) verfügt über weitreichende Kompetenzen und kann selbstständig Maßnahmen initiieren, Strategien und Gesetze verabschieden und internationale Verträge, wie z. B. Freihandelsabkommen (zuletzt mit Vietnam), im Namen der EEU abschließen. Die zehn Minister des Kollegiums der Kommission (zwei aus jedem Mitgliedstaat) treffen Entscheidungen, die für alle Mitgliedstaaten bindend sind, mit qualifizierter Mehrheit oder im Konsens. In den Vorgängerinstitutionen wurde Russlands dominante Position durch eine Mehrheit der Stimmen gesichert, in der neuen Kommission hat jedes Mitglied zwei Stimmen. Das neue System begünstigt die kleineren Mitgliedstaaten, die

Russland nun gemeinsam überstimmen und russische Initiativen blocken können. Experten zufolge wurde von dieser Möglichkeit auch schon Gebrauch gemacht. Auch die Reform der Kommission ist auf die Initiative von Kasachstan und Belarus zurückzuführen, die die Stimmenparität gegen Russlands Interesse durchgesetzt haben. Außerdem wurde eine Personalquote in der mittleren Führungsebene der Kommission eingeführt, die ebenfalls zugunsten der kleineren Staaten ausfällt.

Kirgistan kündigte bereits 2011 an, der Zollunion beitreten zu wollen, unterzeichnete den EEU-Beitrittsvertrag jedoch erst im Dezember 2014. Im August 2015 wurde es schließlich nach Armenien der fünfte und bisher letzte Mitgliedstaat. Zwischen 2011 und 2015 verhandelten der damalige Präsident Almasbek Atambajew und seine Berater 52 Monate lang bestmögliche Beitrittsbedingungen und Entschädigungen für die erwarteten wirtschaftlichen Verluste aufgrund der Asymmetrien zwischen den Mitgliedstaaten.

Einige Experten sind der Meinung, dass Russland die zentralasiatische Republik in die EEU gedrängt hat. Tatsächlich hatte das Land keine große Wahl, da es wirtschaftlich stark von Russland und Kasachstan abhängig ist. Atambajew bezeichnete den Beitritt selbst einmal als »das kleinere Übel«. 2016 betrug Kirgistans Warenaustausch mit Russland 17,8 % und mit Kasachstan 14,8 % des Gesamthandels. Außerdem trieben die große Zahl der Arbeitsmigranten in Russland und die Aussicht auf ihre Legalisierung den Beitritt voran. 2015 arbeiteten nach Angaben des staatlichen Migrationsdienstes 700.000 kirgisische Staatsbürger im Ausland, die meisten in Russland. Andere Schätzungen gehen von 600.000 bis zu 1 Mio. Arbeitsmigranten aus (ca. ein Drittel aller Erwerbspersonen). In den letzten sechs Jahren trugen die Rücküberweisungen jährlich rund 30 % zum BIP bei und machten das Land zu einem der Top 5 Empfängerländer von Rücküberweisungen weltweit.

Ein weiterer, wenn auch weniger häufig genannter Grund für den Beitritt zur EEU ist der wachsende chinesische Einfluss in Zentralasien. China hat Russland als wichtigsten Handelspartner Kirgistans bereits vor einigen Jahren abgelöst. 2016 machte der Handel mit China rund 29 % des gesamten Handels aus. Die Export-Import Bank von China ist der größte Gläubiger. Darüber hinaus hat das Reich der Mitte im Rahmen seiner Belt and Road Initiative in diverse Bauvorhaben, insbesondere im Bereich Energie und Transport, investiert. Viele Kirgisen fürchten zu viel chinesischen Einfluss oder gar eine Übernahme der schwach bevölkerten Teile des Landes. Aus Sicht der Regierung bietet die Mitgliedschaft in der EEU durch die engere Anbindung an Russland eine größere Sicherheit und Abschottung von China.

Darüber hinaus pflegt Kirgistan seit seiner Unabhängigkeit enge Beziehungen mit Moskau und ist einer der engsten Verbündeten des Kreml. Russland ist nicht nur der wichtigste Sicherheitsgarant, sondern auch eines der aktivsten Geberländer, das zahlreiche Entwicklungsprojekte finanziert, günstige Kredite gewährt und regelmäßig Schulden abschreibt. Ein Großteil der Kirgisen befürwortete den Beitritt deshalb. In keinem anderen Mitgliedstaat sind die Zustimmungswerte zur Wirtschaftsunion so hoch. Dem Eurasischen Integrationsbarometer von 2015 zufolge standen 86 % aller Kirgisen der EEU positiv gegenüber, verglichen mit 80 % in Kasachstan und 78 % in Russland. Auch zwei Jahre später lagen die Zustimmungswerte immer noch bei 83 %.

Schließlich hat Russland durchaus auch überzeugende Anreize für den Beitritt geschaffen. Kein anderer Mitgliedstaat hat so viele Zugeständnisse und Entschädigungen erhalten wie Kirgistan. So wurde der Regierung eine Übergangsfrist von zwei Jahren zur Umsetzung der technischen Vorschriften und Standards der EEU eingeräumt. Darüber hinaus stellte der Kreml 200 Mio. US-Dollar für notwendige Infrastrukturprojekte bereit, z. B. für die Einrichtung von Laboren und Kontrollstellen, und versprach die Finanzierung von zwei dringend benötigten Wasserkraftwerken, die jedoch bis heute nicht gebaut wurden. Russland hat sich aus verschiedenen Gründen und sehr zum Missfallen der kirgisischen Regierung aus der Finanzierung zurückgezogen. Derzeit ist das Thema aber wieder auf dem Verhandlungstisch. Weiterhin wurde der Russisch-Kirgisische Entwicklungsfonds mit 500 Mio. Dollar Eigenkapital geschaffen, der kleine und mittlere Unternehmen mit günstigen Krediten unterstützt und eine Ergänzung zur Eurasischen Entwicklungsbank darstellt. Derzeit werden durch den Fonds rund 722 Projekte mit einem Gesamtkreditvolumen von ca. 226 Mio. US-Dollar gefördert. Im Gegensatz zu Armenien wurde Kirgistan also nicht in die EEU gedrängt, sondern viel mehr eingekauft.

Probleme und Herausforderungen

Trotz aller Zugeständnisse und Ausnahmen ist Kirgistans Mitgliedschaft in der EEU bisher keine Erfolgsgeschichte. Sowohl der Handel mit den anderen Mitgliedstaaten als auch mit dem Rest der Welt war 2015 und 2016 rückläufig. Nach Angaben des Nationalen Statistischen Komitees ist der Außenhandel 2015 um 23,7 % gegenüber 2014 zurückgegangen. Auch 2016 war der Warenaustausch rückläufig, wenn auch nicht mehr ganz so stark. 2017 wurde ein Zuwachs von 12,5 % auf 6,27 Mrd. US-Dollar verzeichnet, aber das Level von 2014 (7,62 Mrd. US-Dollar) konnte noch nicht wieder erreicht werden. Ein Grund hierfür ist die mangelnde Konkurrenzfähigkeit sowie die wirtschaftliche Abhängigkeit von Rücküberweisungen und ausländischer Finanzhilfe, die Kirgistan zum schwächsten Mitgliedstaat der EEU machen.

Ein weiterer Grund für die Verschlechterung der Handelsbilanz sind die neuen Import- und Exportbestimmungen und Außenzölle. Letztere basieren weitestgehend auf den russischen Zolltarifen, die deutlich über den kirgisischen lagen. Diese Tarifsteigerung führte zu einem Einbruch der Importe aus China von 5,22 Mrd. US-Dollar im Jahr 2014 auf 1,46 Mrd. US-Dollar 2016 (56 % respektive 38 % der Gesamtimporte). Vor dem Beitritt zur EEU war Kirgistan aufgrund der niedrigen Außenzölle und der einfachen Einfuhrbestimmungen lange Zeit das wichtigste Transitland der Region für chinesische Produkte, die Händler in die anderen postsowjetischen Länder weiter exportieren. Dieses Re-Export Model ist allerdings nicht sehr nachhaltig und führte zur Vernachlässigung der eigenen Produktion und zu einem ausgeprägten Handelsdefizit.

Darüber hinaus hat die Regierung große Schwierigkeiten, die Regeln und Standards der EEU umzusetzen. Seit ihrer Gründung hat die Eurasische Wirtschaftskommission 44 technische Vorschriften verabschiedet, um den Binnen- und Außenhandel zu harmonisieren und gleiche Standards zu schaffen. Kirgistan wurde eine zweijährige Übergangsfrist für eine Reihe von Produkten eingeräumt, die allerdings im August 2017 auslief. Nach wie vor ist das Land aber nicht in der Lage, alle EEU-Regeln zu gewährleisten bzw. einzuhalten. Besonders problematisch ist die Implementierung der Vorschriften in den Bereichen Lebensmittelsicherheit sowie Tier- und Pflanzengesundheit. Bisher kann die Regierung weder die Abwesenheit gefährlicher Erreger und Keime und die effektive Bekämpfung ansteckender Tierkrankheiten noch die Einhaltung der Standards der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) in Schlachtbetrieben gewährleisten. Darüber hinaus fehlt ein System zur Tieridentifikation und Rückverfolgbarkeit der Herkunft von Fleischprodukten.

Trotz der Finanzhilfe aus Russland fehlen bisher Labore und Kontrollstellen zur Zertifizierung einheimischer Produkte für den Export sowie geschultes Personal, das sich mit den komplizierten EEU-Bestimmungen auskennt und Produzenten und Exporteure beraten könnte. Insbesondere kleinere Betriebe sind mit den neuen Regeln und Standards überfordert und können vom Binnenmarkt der Union bisher nicht profitieren. Weitere Handelshindernisse sind der Mangel an Lagerhäusern und Logistikzentren sowie die instabile Angebotslage. Die meisten landwirtschaftlichen Betriebe sind nicht in der Lage, große Warenmengen zu einem bestimmten Zeitpunkt zu liefern und sind damit nicht konkurrenzfähig im EEU-weiten Vergleich.

Schließlich hat die Regierung die Möglichkeit, Entscheidungen in der EEC in Moskau in ihrem Sinne zu beeinflussen, bisher kaum genutzt. Das liegt nicht nur daran, dass Kirgistan seine Personalquoten in der mittleren Führungsebene der Kommission nicht ausfüllen kann und deshalb schwächer als die anderen Mitglieder vertreten ist, sondern auch an dem Mangel an Experten in Bischkek. Während in Russland, Kasachstan und Belarus ganze Ministerien oder zumindest große Ressorts für die EEU zuständig sind, hat die Abteilung für Eurasische Integration im kirgisischen Wirtschaftsministerium weniger als zehn Mitarbeiter. Das kleine Team hat keine Kapazitäten, zu allen Initiativen und Gesetzestexten, die täglich von der Kommission aus Moskau kommen, Stellung zu nehmen und effizientes Lobbying zu betreiben.

Wirtschaftskrise und der Streit mit Kasachstan

Aber nicht nur interne Faktoren wie die schlechte Vorbereitung auf die Mitgliedschaft und die mangelnde Konkurrenzfähigkeit haben dazu beigetragen, dass Kirgistan bisher kaum von der EEU profitieren konnte. Auch die Wirtschaftskrise in Russland infolge der EU-Sanktionen und dem Einbruch der Ölpreise hat der zentralasiatischen Republik zu schaffen gemacht. Zum einen nahm der Handel mit Russland und Kasachstan ab und hat sich bis heute nicht vollständig erholt. Zum anderen wertete die kasachstanische Nationalbank als Reaktion auf den schwachen Rubel 2014 den Tenge um 19 % ab und beschloss im August 2015 einen flexiblen Wechselkurs einzuführen, der zu einem weiteren Wertverlust des Tenge von mehr als 30 % führte. Statt vom erwarteten Kostenvorteil zu profitieren, mussten kirgisische Produzenten nun mit den durch die Währungsabwertung günstiger gewordenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Russland und Kasachstan konkurrieren.

Darüber hinaus hat auch der Konflikt mit Kasachstan, der 2017 über Monate zu Problemen an der gemeinsa-

men Grenze führte, die Wirtschaft geschädigt. Schon seit Jahren beschwert sich der große Nachbar über mangelnde Qualitäts- und Sicherheitsstandards kirgisischer Produkte und hat die Veterinär- und Pflanzenschutzkontrollen an der gemeinsamen Grenze auch nach Kirgistans EEU-Beitritt nie ganz abgeschafft. Kirgisische Experten vermuten allerdings, dass diese Maßnahmen vor allem den kasachstanischen Markt vor den billigeren kirgisischen Erzeugnissen und chinesischen Waren schützen sollen. Kirgisische Politiker beklagten sich regelmäßig lautstark über das Vorgehen Kasachstans und auch auf höchster Ebene kam es zu Auseinandersetzungen. Der Konflikt eskalierte schließlich im Oktober 2017 im Vorfeld der kirgisischen Präsidentschaftswahlen, als der kasachstanische Präsident Nasarbajew den wichtigsten Herausforderer des vom amtierenden Präsidenten Atambajew unterstützten Kandidaten in Almaty empfing und Atambajew daraufhin mit scharfer Rhetorik und unbegründeten Anschuldigungen reagierte. In der Folge verschärfte Kasachstan die Grenzkontrollen und schloss die gemeinsame Grenze zeitweise vollständig, was zu kilometerlangen Staus und Lieferunterbrechungen auf der kirgisischen Seite der Grenze führte. Anfang November 2017 schließlich kündigte Atambajew ein Abkommen mit der Regierung Kasachstans über finanzielle Unterstützung in Höhe von 100 Mio. US-Dollar zur Modernisierung der kirgisischen Zoll- und Grenzinfrastruktur auf. Der Konflikt scheint mittlerweile gelöst zu sein, nachdem der neue Präsident Soronbai Dscheenbekow sich im November 2017 mit Nasarbajew auf einen Fahrplan zur Konfliktlösung im Rahmen der EEU geeinigt hat. Um die Handelsbeschränkungen an der Grenze ist es nun zwar wieder ruhig geworden, aber die Verhaftung des kirgisischen Parlamentsabgeordneten Damirbek Asylbek uulu in Kasachstan wegen Schmuggels von chinesischen Waren Ende Februar dieses Jahres sorgt aktuell für neues Konfliktpotential.

Zukunftsperspektiven

Bisher ist Kirgistans EEU-Mitgliedschaft keine Erfolgsgeschichte. Zwar haben die ausländischen Direktinvestitionen zugenommen und die Situation der Arbeitsmigranten hat sich deutlich verbessert, der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung ist aber nicht eingetreten. Im Gegenteil, die Außenhandelszahlen sind sogar zurückgegangen. Die Verluste der letzten drei Jahre sind jedoch nicht nur auf die EEU-Mitgliedschaft an sich, sondern vor allem auf den verfrühten Beitritt und die schlechte Vorbereitung zurückzuführen. Darüber hinaus haben sich der wirtschaftliche Abschwung, der die ganze Region erfasst hat, und der Konflikt mit Kasachstan negativ auf die Wirtschaft ausgewirkt. Kirgistan befindet sich nach wie vor in einer Phase der Umstellung. Nicht nur die Anpassung

an die Anforderungen der EEU, sondern auch die angestrebte Reform und Modernisierung des Wirtschaftssystems werden noch einige Jahre in Anspruch nehmen.

Die negativen Auswirkungen der EEU-Mitgliedschaft überwiegen zwar bisher, aber ein paar positive Entwicklungen lassen sich feststellen, insbesondere in den Bereichen ausländische Direktinvestitionen und Situation der Arbeitsmigranten in Russland. So ist der Anteil ausländischer Direktinvestitionen am BIP von 4,2% im Jahr 2014 auf 18% im Jahr 2015 angestiegen. 2016 waren es zwar nur 7%, dafür ist der Anteil der Investitionen aus den anderen EEU-Mitgliedstaaten von 75,6% im Vorjahr auf 84,7% gewachsen. Außerdem können kirgisische Staatsangehörige nun legal und mit deutlich weniger administrativem Aufwand in Russland arbeiten. Im Gegensatz zu Migranten aus Nichtmitgliedstaaten müssen sie sich lediglich registrieren, benötigen aber keine Arbeitserlaubnis und müssen auch keine Russischprüfung ablegen. Ihre Diplome und Zeugnisse werden nun in allen Mitgliedstaaten der Union anerkannt. Zuvor waren viele Migranten wegen des mit der Registrierung verbundenen bürokratischen und finanziellen Aufwands illegal in Russland beschäftigt und befanden sich somit in der ständigen Gefahr entdeckt und ausgewiesen zu werden. 2016 sind die Rücküberweisungen dementsprechend auch im Vergleich zum Vorjahr um 22% auf 1,6 Mrd. US-Dollar gestiegen, während Tadschikistan und Usbekistan einen Rückgang verzeichneten. 2017 erreichten die Zahlungen sogar 2,21 Mrd. US-Dollar, mehr als jemals zuvor.

Die Zukunft der Mitgliedschaft in der EEU wird davon abhängen, ob heimische Unternehmen langfristig vom EEU-Binnenmarkt profitieren können und ob die Wirtschaft erfolgreich modernisiert und diversifiziert werden kann. Die Abhängigkeit von Rücküberweisungen, Entwicklungshilfe und dem Re-Export von chinesischen Billigprodukten bilden keine gute Basis für ein

nachhaltiges Wirtschaftsmodell. Die Regierung sollte sich in den nächsten Jahren auf die Förderung der heimischen Produktion, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, z. B. im Bereich Digitalisierung, und auf die Schaffung von Arbeitsplätzen konzentrieren, um die Abwanderung junger und qualifizierter Arbeitskräfte langfristig zu verhindern. Um das volle Potenzial des gemeinsamen Marktes auszuschöpfen, müssen die Zahl der Laboratorien für die Zertifizierung von Exportprodukten erhöht und die technischen Vorschriften und Standards umgesetzt werden. Die konsequente Umsetzung der EEU-Anforderungen können dem Land auch helfen, seine Exporte in EU-Mitgliedstaaten zu steigern.

Außerdem muss die Regierung in die Ausbildung von Experten für eurasische Integration investieren und diese Spezialisten in den zuständigen Ministerien einsetzen. Insbesondere die Abteilung für eurasische Integration im Wirtschaftsministerium muss vergrößert werden, da die wenigen Mitarbeiter nicht in der Lage sind, die Flut von Dokumenten, Vorschriften und anderen Rechtstexten der EEC zu bewältigen. Mit mehr Personal auf nationaler Ebene und bei der Kommission in Moskau könnte Kirgistan den Entscheidungsprozess auf supranationaler Ebene wesentlich effizienter beeinflussen. Gleichzeitig bedarf es dringend mehr Wissenschaftler, die die Auswirkungen der Mitgliedschaft in der EEU auf die Wirtschaft analysieren und der Regierung fundierte Handlungsempfehlungen geben. Trotz der Chancen, die die Eurasische Wirtschaftsunion bietet, sollte das Land seine Beziehungen zu China und der EU nicht vernachlässigen, da es sowohl auf Investitionen als auch auf Wissenstransfer, Ausbildungskonzepte und Technologien angewiesen ist. Russland hat aufgrund seiner eigenen wirtschaftlichen Probleme und dem derzeitigen Stillstand der Modernisierung in diesem Kontext wenig anzubieten.

Über die Autorin:

Ann-Sophie Gast ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien gGmbH (ZOiS). Außerdem promoviert sie an der Berlin Graduate School for Transnational Studies (BTS) an der Freien Universität Berlin zum Thema Eurasische Integration und Russische Außenpolitik gegenüber den postsowjetischen Staaten.

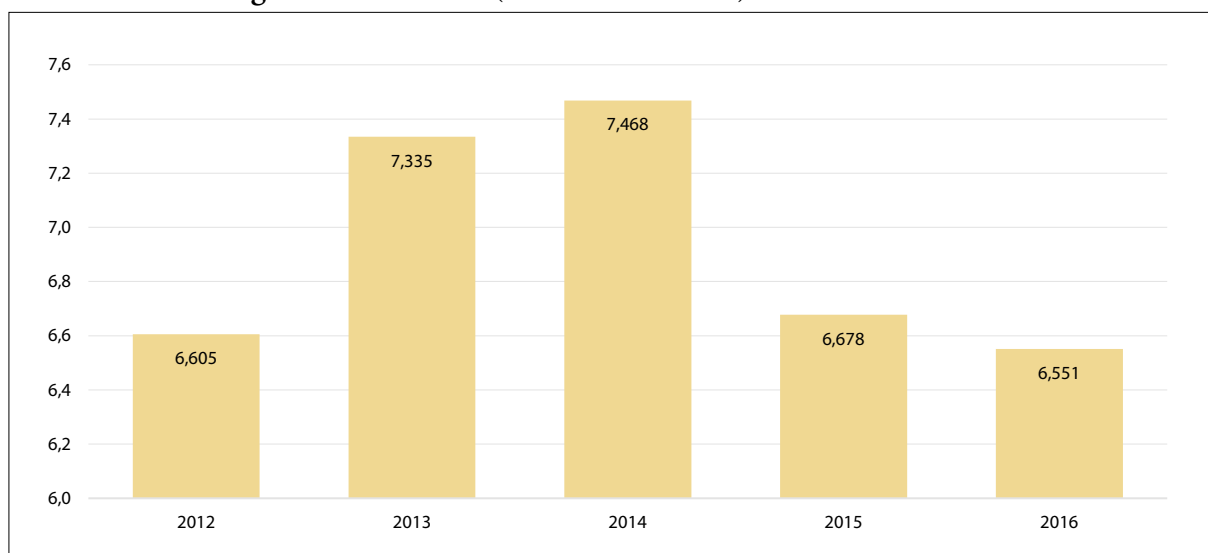
Lesetipps:

- Sebastian Schiek, Zentralasien und die Eurasische Wirtschaftsunion: Zustimmung statt Krise, SWP-Aktuell 31, April 2016, = <https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A31_ses.pdf>
- Damir Esenaliev, Gulzhan Asylbek kyzy, Eurasian Economic Union policies and practices in Kyrgyzstan, sipri Commentary, 16.6.2017, = <<https://www.sipri.org/commentary/topical-backgrounder/2017/eurasian-economic-union-policies-and-practice-kyrgyzstan>>
- Central Asia's Silk Road Rivalries, International Crisis Group, Europe and Central Asia Report No. 245, 27.7.2017, = <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/245-central-asias-silk-road-rivalries_0.pdf>
- Paul Stronski, Cooperation and Competition: Russia and China in Central Asia, the Russian Far East, and the Arctic, Carnegie Endowment for International Peace, 28.2.2018, = <<http://carnegieendowment.org/2018/02/28/cooperation-and-competition-russia-and-china-in-central-asia-russian-far-east-and-arctic-pub-75673>>

STATISTIK

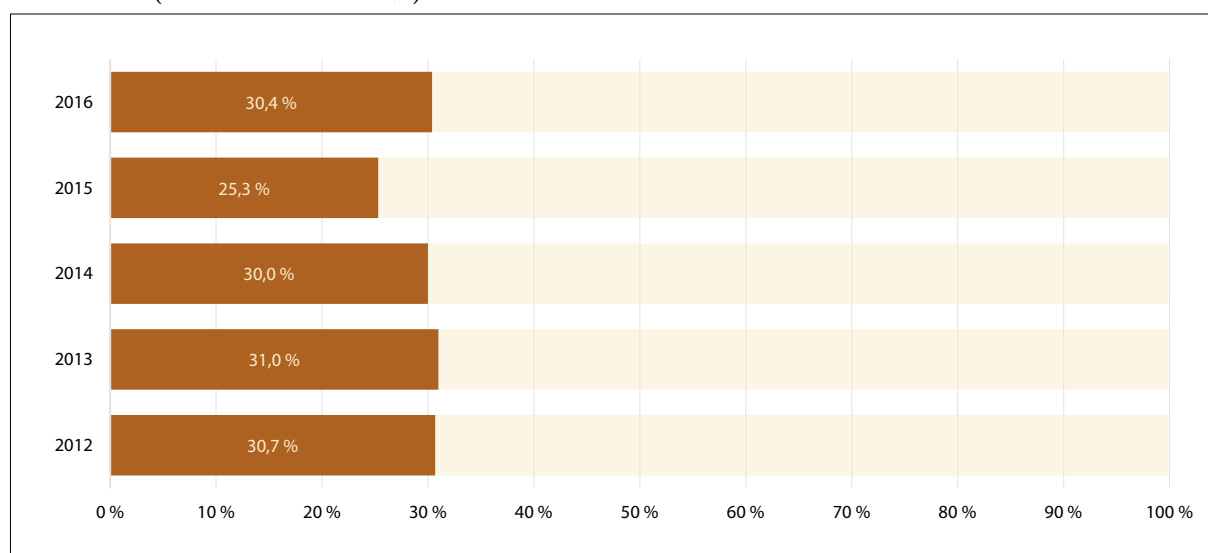
Daten zu Wirtschaft und Außenhandel Kirgistans

Grafik 1: BIP Kirgistans 2012–2016 (in Mrd. US-Dollar)



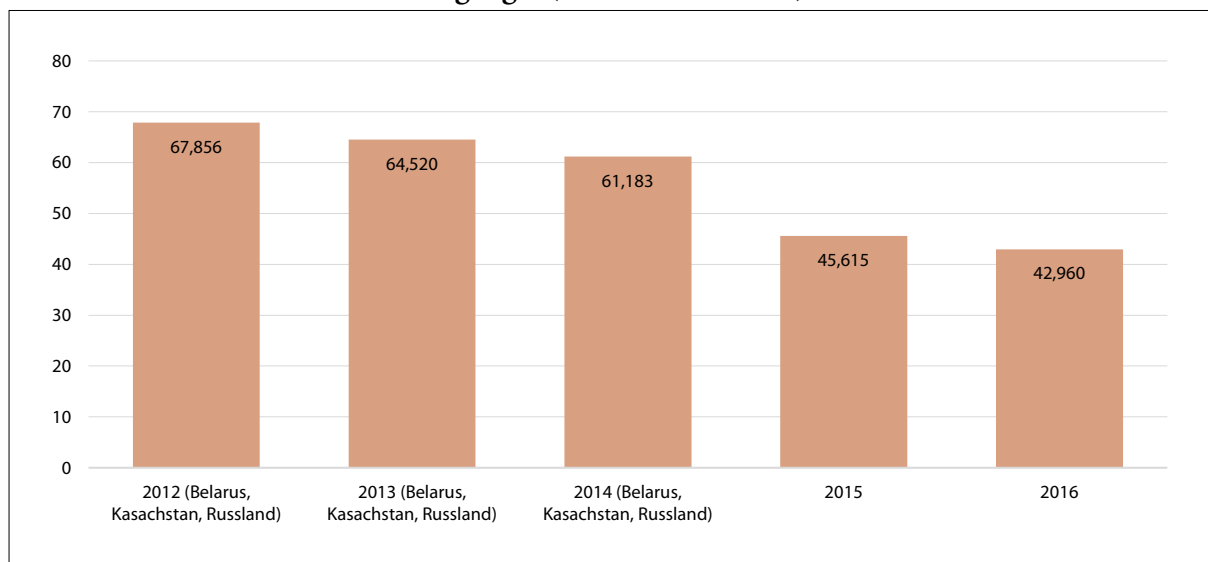
Quelle: World Bank Data, Kyrgyz Republic, <<https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=KG>>

Grafik 2: Rücküberweisungen von kirgisischen Arbeitsmigranten aus dem Ausland (Anteil am BIP in %)



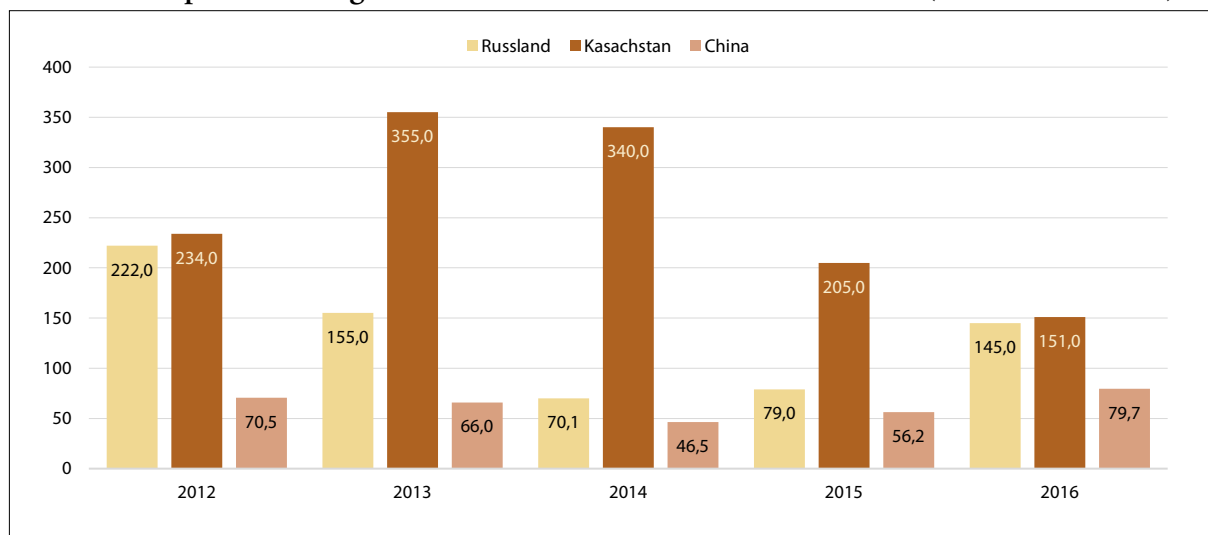
Quelle: World Bank Data, Kyrgyz Republic, <<https://data.worldbank.org/indicator/BX.TRF.PWKR.DT.GD.ZS>>

Grafik 3: Entwicklung des Volumens des gegenseitigen Handels zwischen den Mitgliedstaaten der EEU, bzw. ihrer Vorgänger (in Mrd. US-Dollar)



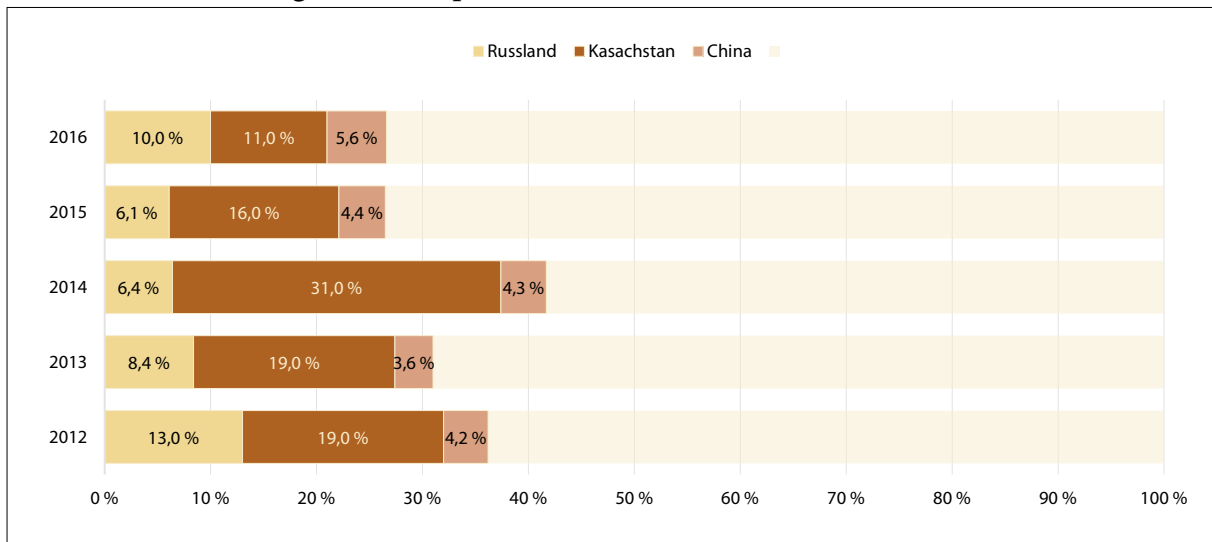
Quelle: Eurasian Economic Commission, Statistics, <http://www.eurasiancommission.org/ru/act/integr_i_makroec/dep_stat/tradestat/tables/intra/Pages/default.aspx>

Grafik 4a: Exporte aus Kirgistan nach Russland, Kasachstan und China (in Mio. US-Dollar)



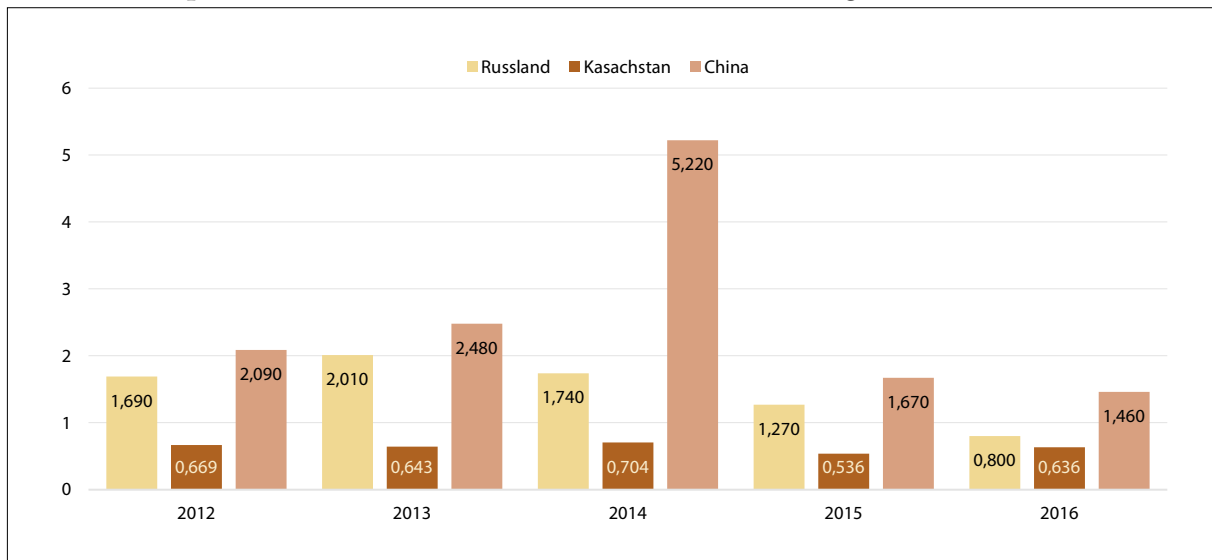
Quelle: OEC, Data Kyrgyzstan, <<https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/kgz/>>

**Grafik 4b: Exporte aus Kirgistan nach Russland, Kasachstan und China
(Anteil am gesamten Export in %)**



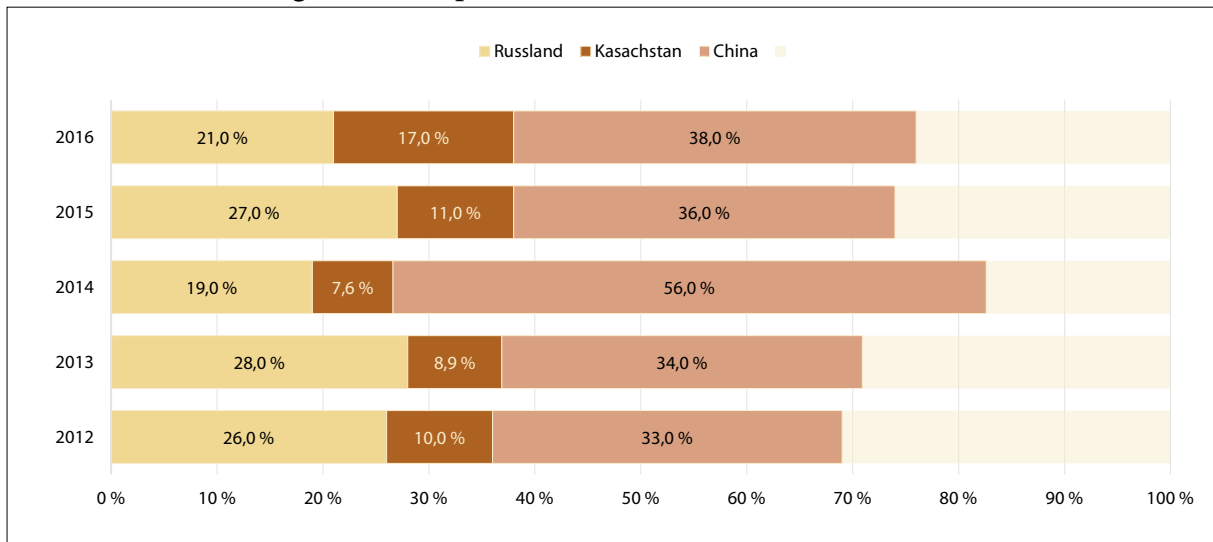
Quelle: OEC, Data Kyrgyzstan, <<https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/kgz/>>

Grafik 5a: Importe aus Russland, Kasachstan und China nach Kirgistan (in Mrd. US-Dollar)



Quelle: OEC, Data Kyrgyzstan, <https://atlas.media.mit.edu/en/visualize/tree_map/hs92/import/kgz/show/all/2016/>

Grafik 5b: Importe aus Russland, Kasachstan und China nach Kirgistan
(Anteil am gesamten Import in %)



Quelle: OEC, Data Kyrgyzstan, <https://atlas.media.mit.edu/en/visualize/tree_map/hs92/import/kgz/show/all/2016/>

CHRONIK

17. Februar – 23. März 2018

Kasachstan

19.2.2018	Eine Delegation unter Leitung von Verteidigungsminister Beibut Atamkulow erörtert bei einem Arbeitsbesuch in Bischkek mit dem kirgisischen Katastrophenschutzminister Kubatbek Boronow Möglichkeiten der Ausweitung der Verteidigungskooperation in den Bereichen Satellitenkommunikation und Frühwarnsysteme.
20.2.2018	Präsident Nursultan Nasarbajew entscheidet mit seiner Unterschrift unter eine Anordnung den Streit über die Schreibweise des kasachischen Alphabets mit lateinischen Buchstaben. In der nun geltenden Fassung sind die zuvor vielfach kritisierten Apostrophe durch diakritische Zeichen über den Buchstaben ersetzt.
20.2.2018	Präsident Nasarbajew genehmigt die Strategie zur Entwicklung des Landes bis 2025 sowie ein Dekret zur Umsetzung der Maßnahmen, die der Präsident in seiner Rede an das Volk am 10.1.2018 zum Thema »Neue Möglichkeiten der Entwicklung unter den Bedingungen der vierten industriellen Revolution« vorgestellt hat.
21.2.2018	In Astana findet eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats unter Leitung des Präsidenten statt. Themen sind die Nationale Sicherheitsstrategie 2017–2020 sowie die sozioökonomische Situation in den südlichen Gebieten des Landes.
22.2.2018	Im Corruption Perception Index für 2017 von Transparency International belegt Kasachstan den 122. Platz (von 180).
22.2.2018	Die Eurasische Entwicklungsbank (EDB) und das Bogatyr Komir Unternehmen haben eine Kreditvereinbarung zur Modernisierung der Kohleproduktion in der Mine Bogatyr (Gebiet Pawlodar) unterzeichnet, teilt der Pressedienst der EDB mit.
22.2.2018	Bei einer Krisensitzung des UN-Sicherheitsrats zur humanitären Situation in Syrien fordert der Vertreter Kasachstans alle Beteiligten des Konflikts zur sofortigen Beendigung der Kampfhandlungen und zur Deeskalation auf.
23.2.2018	Tengrinews berichtet, dass das Innenministerium 148 Polizisten aus verschiedenen Abteilungen wegen Korruption, Amtsvergehen, Verletzung ethischer Standards etc. entlassen habe.
26.2.2018	In Astana findet die erste Sitzung der kasachstanisch-katarischen politischen Konsultationen unter Vorsitz des stellvertretenden kasachstanischen Außenministers Akylbek Kamaldinow und des Generalsekretärs des Außenministeriums Katars, Ahmed bin Hassan al-Hammadi, statt.
27.2.2018	Bei einem persönlichen Treffen fordert Präsident Nasarbajew den Minister für Information und Kommunikation, Dauren Abajew, auf, Maßnahmen zur Verbesserung des Status der kasachischen Sprache zu ergreifen. Staatliche Aktivitäten und die Arbeit des Parlaments sollten längerfristig auf Kasachisch durchgeführt werden.
27.2.2018	Mitglieder der von Präsident Nasarbajew personell neu zusammengesetzten Menschenrechtskommission sind nun die Ministerin für Arbeit und Soziales, Madina Abylkasymowa, der Vorsitzende der Föderation der Gewerkschaften, Bachytdschan Abdiraim, der Sekretär des Nationalen Präventionsmechanismus gegen Folter, Saul Mektepbajew, sowie der Oberste Mufti und Vorsitzende der Geistlichen Verwaltung der Muslime Kasachstans, Serik Orasa.
27.2.2018	Am Rande des regulären Treffens des EU-Kasachstan-Kooperationsrats in Brüssel trifft Außenminister Kairat Abdrachmanow u. a. mit der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, zu bilateralen Gesprächen zusammen.
28.2.2018	Tengrinews berichtet, dass in Reaktion auf Präsident Nasarbajews Appell zur stärkeren Nutzung der kasachischen Sprache eine Regierungssitzung nur auf Kasachisch und nicht wie sonst zweisprachig abgehalten wurde.
28.2.2018	Präsident Nasarbajew ratifiziert ein Abkommen zwischen der UN und Kasachstan über administrative und finanzielle Angelegenheiten des regionalen Büros der UN Economic and Social Commission for Asia and the Pacific für Nord- und Zentralasien in Almaty.
28.02.2018	Mit FLY JET.KZ und Jet Airlines haben jetzt zwei weitere kasachstanische Airlines Landeerlaubnis in der EU, teilt das Ministerium für Investitionen und Entwicklung mit. Damit können insgesamt sieben kasachstanische Airlines EU-Staaten anfliegen.
28.2.2018	In Budapest nimmt eine kasachstanische Delegation an dem vom ungarischen Vorsitz der Visegrad-Gruppe initiierten Ministerforum »B4 + Zentralasien« teil. Am Rande der Veranstaltung trifft Außenminister Kairat Abdrachmanow mit seinem kirgisischen Amtskollegen Erlan Abdyldajew zu bilateralen Gesprächen zusammen.
1.3.2018	Tengrinews berichtet, dass ein im Gebiet Mangistau wegen Pädophilie Verurteilter im September chemisch kastriert werden soll. Das Gesetz zur chemischen Kastrierung Pädophiler sei bereits am 1.1.2018 in Kraft getreten.

2.3.2018	Der stellvertretende Minister für Energie, Gani Sadibekow, wird wegen Verdacht auf Unterschlagung von öffentlichen Geldern festgenommen.
3.3.2018	Kasachstan unterzeichnet als 57. Land den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen, der im Juli 2017 in der Generalversammlung vereinbart wurde.
4.3.2018	Vertreter aus Kasachstan, Russland und dem Iran unterzeichnen in Moskau ein MoU zum Handel von Getreide.
5.3.2018	In einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamentskammern spricht sich Präsident Nasarbajew für die Verbesserung der Hochschulbildung aus. U. a. sollen 2018/19 20.000 zusätzliche Stipendien gewährt werden. Darüber hinaus kündigt der Präsident vier weitere soziale Initiativen in den Bereichen Wohnraum, Steuern, Mikrokredite und Gasversorgung an.
5.3.2018	Usbekistan und Kasachstan haben eine Einigung über Aktivitäten zur Rettung des Aralsees erzielt und beabsichtigen u. a., eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu gründen, teilt der Botschafter Kasachstans in Taschkent, Erik Utembajew, der Presse mit.
12.3.2018	Heftige Regenfälle und schmelzender Schnee führen im Osten des Landes (Gebiet Öskemen) zu heftigen Überschwemmungen. Mehr als 220 Gebäude und 110 Kindergärten werden beschädigt.
13.3.2018	Ein Gericht in Astana klassifiziert die oppositionelle politische Bewegung Demokratitscheskij Wybor Kasachstana (DVK), die 2001 von Nasarbajew-Kritiker Mughtar Abljasow gegründet und 2005 verboten wurde, als extremistische Vereinigung. Der Bewegung wird vorgeworfen, die verfassungsmäßige Ordnung in Kasachstan gewaltsam verändern zu wollen. Gegen mehrere Mitglieder der DVK werden Strafverfahren eingeleitet.
13.3.2018	Präsident Nasarbajew empfängt den Sprecher der Nationalversammlung Südkoreas, Chon Se Gun, zu Gesprächen über die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.
13.3.2018	Während eines Wirtschaftsforums zwischen Kasachstan und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) in Abu Dhabi unterzeichnet eine vom Gouverneur des Gebiets Mangistau, Eraly Tugdschanow, geleitete Delegation diverse Kooperationsverträge, u. a. für den Bau eines Logistik- und Industrieparks.
14.3.2018	Zum ersten Mal in der Geschichte gewinnt Kasachstan eine Goldmedaille bei den Winter-Paralympics. Aleksandr Koljadin belegt den ersten Platz im Skirennen über 1,5 km.
14.3.2018	Präsident Nasarbajew trifft im Vorfeld des Gipfels der zentralasiatischen Präsidenten in Astana seinen tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon zu bilateralen Gesprächen. Es werden mehrere Verträge unterschrieben, darunter auch ein Protokoll über den Aufenthalt ohne Registrierung im jeweils anderen Land für 30 Tage.
14.3.2018	Kasachstan und Russland unterzeichnen am Rande der Internationalen Reise- und Tourismusmesse in Moskau ein Kooperationsmemorandum im Bereich Tourismus.
14.3.2018	In Astana findet ein Treffen der kasachstanisch-usbekischen Zwischenregierungskommission statt, bei der u. a. über die Einführung von für Kasachstan und Usbekistan geltenden Mehrfachvisa für Touristen beraten wird.
15.3.2018	In Astana treffen erstmals seit 2009 die Präsidenten Kasachstans, Usbekistans, Tadschikistans und Kirgistans, Nasarbajew, Schawkat Mirsijojew, Rachmon und Sooronbaj Dscheenbekow sowie die Präsidentin des Parlaments Turkmenistans, Akja Nurberdijewa, zu einem zentralasiatischen Gipfel zusammen. Im Vordergrund der Gespräche stehen Wasserfragen sowie die Regelung einer zukünftigen Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten. Im Vorfeld des Gipfels war Präsident Nasarbajew zu bilateralen Gesprächen mit seinen usbekischen und kirgisischen Amtskollegen Mirsijojew und Dscheenbekow zusammengetroffen.
16.3.2018	RFE/RL meldet, dass Präsident Nasarbajew im Vorfeld des Gipfels von Astana den Sohn des turkmenischen Präsidenten, Serdar Berdymuchammedow, empfangen hat. Ob Serdar Berdymuchammedow auch am Gipfeltreffen selber teilgenommen hat, ist nicht bekannt.
16.3.2018	Der Sprecher des Außenministeriums, Anuar Dschainakow, erteilt dem Wunsch Moskaus, die Frage einer möglichen Visafreiheit für US-Bürger im Rahmen der EEU zu lösen, eine Absage. Die EEU sei keine politische Allianz, sondern eine Gruppe von Staaten, die sich ausschließlich mit wirtschaftlichen Themen befasse.
16.3.2018	Der Geschäftsmann Muratchan Tokmadi wird von einem Gericht in Dschambyl zu 10,5 Jahren Gefängnis verurteilt. Tokmadi, der seit Juni 2017 wegen Erpressung und illegalen Waffenbesitzes im Gefängnis sitzt, hatte im Februar 2018 gestanden, 2004 im Auftrag des Präsidentenkritikers Mughtar Abljasow den Geschäftsführer der TuranAlem Bank, Jerdshan Tatischew, auf einem Jagdausflug ermordet zu haben. Der heute im Exil lebende Abljasow war nach Tatschews Tod zum Chef der TuranAlem Bank ernannt worden. Er bestreitet die Anschuldigungen.

16.3.2018	Präsident Nasarbajew empfängt die Außenminister Russlands, der Türkei und des Iran, Sergej Lawrow, Mevlut Çavuşoğlu und Mohammed Dschawad Sarif, zu Gesprächen über Ergebnisse und Perspektiven der Astana-Friedensgespräche zu Syrien.
21.3.2018	Präsident Nasarbajew begeht das Frühlingsfest (Navruz) gemeinsam mit seinem usbekischen Amtskollegen Mirsijojew in Samarkand. Beide Staatsoberhäupter besuchen das Mausoleum von Islam Karimow und erörtern den Stand der bilateralen Beziehungen und Möglichkeiten ihrer Intensivierung.
21.3.2018	Verteidigungsminister Atamkulow, der Generaldirektor der russischen Raumfahrtbehörde, Igor Komarow, und der Minister für Bildung und Vorstandsvorsitzende der Raumfahrtagentur der VAE, Ahmad bin Abdullah Humaid Belhul Al Falasi, besprechen eine mögliche Raumfahrtkooperation in Baikonur und einigen sich auf die Schaffung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe.
23.3.2018	Unter den zehn Frauen, die in Washington von U.S. Deputy Secretary of State John Sullivan mit dem vom State Department verliehenen International Women of Courage Award (IWOC) 2018 ausgezeichnet werden, befindet sich auch die bekannte kasachische Anwältin Aiman Omarowa.

Kirgistan

18.2.2018	Das kasachstanische Außenministerium bestätigt die Festnahme des kirgisischen Abgeordneten Damirbek Asylbek-uulu zusammen mit drei weiteren kirgisischen Staatsangehörigen in Kasachstan. Ihnen wird Schmuggel von chinesischen Gütern vorgeworfen.
19.2.2018	Außenminister Erlan Abdyldajew empfängt seinen Amtskollegen aus Katar, Mohammed bin Abdulrahman, zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit.
19.2.2018	Der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Peter Burian, trifft während seines dreitägigen Kirgistanbesuchs u. a. mit Präsident Sooronbai Dscheenbekow und Außenminister Abdyldajew zu Gesprächen über die neue Zentralasien-Strategie der EU und Fragen der bilateralen Zusammenarbeit zusammen.
19.2.2018	Eine kasachstanische Delegation trifft in Bischkek bei Gesprächen über eine Ausweitung der Verteidigungskooperation zwischen den beiden Ländern u. a. mit Katastrophenschutzminister Kubatbek Boronow und dem Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Verteidigung, Mirbek Kasymkulow, zusammen.
21.2.2018	Radio Asattyk berichtet unter Berufung auf einen Bericht des Bürgerbeauftragten für sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen, dass in Kirgistan ca. 1 Mio. Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Ca. 40 % der Bevölkerung muss Wasser aus Bewässerungskanälen, Flüssen oder Quellen trinken.
21.2.2018	Emil Kaikijew löst Adamkul Dschunusow als Minister für Energie und Infrastruktur in der Eurasischen Wirtschaftskommission ab. Die fünf Mitgliedsstaaten der EEU stellen jeweils zwei Minister des Kollegiums der Kommission.
22.2.2018	Im Corruption Perception Index für 2017, der jährlich von Transparency International veröffentlicht wird, belegt Kirgistan Platz 135 (von 180).
22.2.2018	Nach Angaben von Wirtschaftsminister Artjom Nowikow bei einer Regierungssitzung ist das BIP Kirgistans 2017 um im Vergleich zum Vorjahr 4,5 % auf 493,3 Mrd. US-Dollar angestiegen.
22.2.2018	Nach Angaben des Innenministeriums hat der in der Vorwoche in Kasachstan wegen Verdachts auf Schmuggel festgenommene Parlamentsabgeordnete Asylbek-uulu neben der kirgisischen auch die kasachstanische Staatsbürgerschaft. In Kirgistan haben Bürger mit doppelter Staatsbürgerschaft kein passives Wahlrecht.
22.2.2018	Die Eurasische Entwicklungsbank (EDB) stellt dem Russisch-Kirgisischen Entwicklungsfonds eine Kreditlinie von 50 Mio. US-Dollar für die Finanzierung von Investitionsprojekten über fünf Jahre zur Verfügung.
26.2.2018	Das Wirtschaftsministerium teilt mit, dass in Kirgistan 2017 insgesamt 524 Unternehmen gegründet wurden, doppelt so viele wie 2016.
26.2.2018	Die Leiterin der Abteilung für Außenpolitik der Präsidialverwaltung, Aisada Subakodschojewa, wird zur stellvertretenden Generalsekretärin der SCO ernannt.
26.2.2018	Die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) stellt Kirgistan Mittel zur Finanzierung der Verbesserung der Wasserversorgung in den Dörfern Kirgistans in Höhe von 40 Mio. US-Dollar zur Verfügung.
27.2.2018	Der bekannte Politiker sowie ehemalige Vize-Premier, Gouverneur und Botschafter Esengul Omuralijew stirbt 67jährig nach langer, schwerer Krankheit.

27.2.2018	Die 2.000 Som Banknote hat den Preis der jährlichen internationalen Konferenz High Security Printing in Warschau als »Regionalbanknote des Jahres 2018« unter den Ländern Mittel- und Osteuropas und der GUS-Staaten gewonnen, teilt die kirgisische Nationalbank mit. Die Banknote wurde 2017 herausgegeben und ist dem 25. Jahrestag der Nationalbank und der Einführung der nationalen Währung gewidmet.
27.2.2018	Durch den Bruch eines Rohres, durch das Chemikalien geleitet werden, im Dorf Ak-Tjus (Gebiet Tschui) gelangen Chemikalien in den Fluss Kitschi-Kemin. Nach Behördenangaben besteht keine Gefahr für die Anwohner.
27.2.2018	Ein neues Gesetz verbietet pornographische Szenen in Filmen und Filme, die zu gewaltsamen Umstürzen, Verletzung der staatlichen Souveränität und Integrität, religiösem Hass und Intoleranz aufrufen oder Gewalt propagieren.
27.2.2018	Präsident Dscheenbekow empfängt den Direktor der EBRD für Zentralasien, Neil McCain, sowie den dem Vorsitzenden des Infrastructure Policy and Project Preparation Facility (IPPF) der EBRD, Matthew Jordan-Tank. Am Tag darauf erörtert Jordan-Tank mit Premierminister Sapar Isakow Fragen der Finanzierung der Modernisierung der Flughäfen von Bischkek und Osch.
28.2.2018	Sandschar Mukanbetow wird als neuer stellvertretender Premierminister vereidigt. Mukanbetow ist Nachfolger von Tolkunbek Abdygulow, der zum Leiter der Nationalbank wiedergewählt wurde.
28.2.2018	In Budapest nimmt eine kirgisische Delegation an dem vom ungarischen Vorsitz der Visegrad-Gruppe initiierten Ministerforum »B4 + Zentralasien« teil. Am Rande der Veranstaltung trifft Außenminister Abdyldajew mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Kairat Abdrachmanow zusammen.
1.3.2018	Der Vorsitzende der Nationalen Kommission für die Staatssprache, Nasarkul Ischekejew, kündigt auf einer Pressekonzferenz an, dass ab sofort alle staatlichen Angestellten einen kirgisischen Sprachtest absolvieren müssen. Die Testergebnisse sollen auf der Homepage des sogenannten »Kyrgyztest« veröffentlicht werden. Insgesamt sind fast 27.000 Beamte auf staatlicher und kommunaler Ebene betroffen.
1.3.2018	Das Staatliche Komitee für nationale Sicherheit meldet die Festnahme von zwei Staatsbürgern eines anderen zentralasiatischen Staates wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zu einer extremistischen religiösen Vereinigung.
1.3.2018	Nach Angaben der Geistlichen Verwaltung der Muslime Kirgistans haben sich insgesamt 6.985 kirgisische Staatsbürger für 5.400 von Saudi-Arabien zugeteilte Plätze für den Hadsch nach Mekka beworben.
1.3.2018	RFE/RL meldet, dass der Sohn der ehemaligen kirgisischen Botschafterin in den USA, Tengis Sydykow, in Virginia wegen Schmuggels von Feuerwaffen in den Nordkaukasus festgenommen wurde.
2.3.2018	Bei einem Treffen bekannter kirgisischer Oppositionspolitiker, darunter Achmatbek Keldibekow, Adarchan Madumarow, Temir Sarijew und Feliks Kulow, fordert Ex-Präsidentin Rosa Otunbajewa die Schaffung einer politischen Kraft, die der regierenden SDPK entgegentreten kann.
5.3.2018	RFE/RL berichtet, dass sich rund 200 Demonstranten vor dem Gebäude des Obersten Gerichts in Bischkek versammelt haben, um den Rücktritt von 20 Richtern und dem Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für nationale Sicherheit, Abdil Segisbajew, zu fordern und die Initiative des Präsidenten gegen Korruption zu unterstützen.
5.3.2018	Bei einem Arbeitsgruppentreffen der Innenministerien Usbekistans und Kirgistans wird die Zusammenarbeit in den Bereichen Verbrechensbekämpfung, Austausch von Informationen, Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und illegaler Migration, Drogenschmuggel etc. besprochen.
5.3.2018	Im Schulungszentrum Edelweiss und auf der russischen Militärbasis in Kant enden dreitägige gemeinsame kirgisisch-russische Manöver.
6.3.2018	Der Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums Aidin Scharschejew trifft in Genf mit der Sekretärin der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE), Olga Algajerowa, zusammen, um Projekte der Organisation in Kirgistan zu besprechen.
6.3.2018	Präsident Dscheenbekow beantwortet gegenüber 40 Medienvertretern Fragen, u. a. zu seinem Verhältnis zum vorherigen Präsidenten Almasbek Atambajew und verspricht, seine Verwandten bei der Stellenvergabe nicht zu bevorzugen. Außerdem teilt er mit, dass noch keine finale Entscheidung auf russischer Seite zur Eröffnung einer weiteren Militärbasis in Kirgistan gefallen sei.
6.3.2018	Sagynbek Ismailow wird zum Direktor des Antikorruptionsdienstes beim Staatlichen Komitee für nationale Sicherheit ernannt.
6.3.2018	Beim zweiten Brand innerhalb von sechs Wochen auf dem Osch-Basar in Bischkek wurden nach Angaben der Nachrichtenagentur KirTAG mehr als 1000 m ² Marktfläche zerstört. Personen kamen nicht zu Schaden.

7.3.2018	Der stellvertretende Wirtschaftsminister Danijar Imanalijew trifft am Rande einer Konferenz über die Entwicklung von Genossenschaften in Asien und der Pazifikregion in Sri Lanka mit dem Regionaldirektor der International Cooperative Alliance (ICA) Asien und Pazifik, Balu Iyer, zu Gesprächen über die Entwicklung von Genossenschaften in Kirgistan zusammen.
7.3.2018	Nach mehrtägigem Zögern akzeptiert Präsident Dscheenbekow das Rücktrittsgesuch des Chefs der Präsidialverwaltung, Farid Nijasow. Nijasow gilt als enger Vertrauter des Vorgängerpräsidenten Atambajew.
8.3.2018	Anlässlich des internationalen Frauentags demonstrieren in Bischkek mehr als hundert Frauen für Gleichberechtigung und gegen häusliche Gewalt und Brautraub.
12.3.2018	Premierminister Isakow entlässt den Leiter des Regierungsapparats, Nurchanbek Momunalijew, und zwei weitere Mitarbeiter.
12.3.2018	Ein Gericht in Osch verurteilt neun Angeklagte wegen Organisation und Mitgliedschaft in der verbotenen religiösen Organisation Jakyn Inkar zu drei- bis vierjährigen Freiheitsstrafen.
12.3.2018	Präsident Dscheenbekow ernennt Damir Sagynbajew zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats.
13.3.2018	Das Nationale Statistikkomitee teilt mit, dass Kirgistans wichtigste Exportdestinationen 2017 die Schweiz, Kasachstan und Russland waren. In die Schweiz exportiert Kirgistan vor allem Gold. Wichtigste Exportgüter für den Handel mit den EEU-Mitgliedsstaaten waren Textilien, Erze und Edelmetalle, Trockenfrüchte, Nüsse, Bohnen, Molkereiprodukte, Zubehör für Autos und Traktoren und poliertes Glas.
13.3.2018	Präsident Dscheenbekow unterzeichnet ein Gesetz zur Ratifizierung des Abkommens über die Zusammenarbeit der GUS-Mitgliedsstaaten im Bereich der Informationssicherheit, das bereits 2013 verabschiedet wurde.
14.3.2018	Die stellvertretende Außenministerin, Dinara Kemelowa, trifft sich mit dem kasachstanischen Botschafter Karim Kokrekabajew, um über die Verbesserung der Situation an der gemeinsamen Grenze und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu sprechen. Nach Beilegung des Konflikts im November 2017 scheint sich der Grenzverkehr wieder weitestgehend normalisiert zu haben.
14.3.2018	Die Regierung kündigt an, dass sie sich aus der Investitionsvereinbarung mit dem chinesischen Telekommunikationsausrüster Huawei über 60 Mio. US-Dollar, die erst im Januar 2018 abgeschlossen wurde, zurückziehen will und das Smart City Projekt stattdessen mit Unterstützung internationaler Geber und der Wirtschaft eigenständig durchführen will. Huawei habe Verpflichtungen nicht eingehalten.
15.3.2018	Am Rande des ersten zentralasiatischen Gipfels seit neun Jahren trifft Präsident Dscheenbekow in Astana mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew zu bilateralen Gesprächen zusammen.
15.3.2018	IFEX, ein Netzwerk von Organisationen, die sich weltweit für die Förderung und Verteidigung der Meinungs- und Informationsfreiheit einsetzen, fordert die kirgisischen Behörden in einem offenen Brief auf, Verleumdungsklagen gegen Journalisten fallen zu lassen und die Praxis der Bestrafung von kritischen Medien und Reportern einzustellen. Insbesondere das Gesetz über Garantien für die Tätigkeit des Präsidenten, das häufig als Grundlage für Diffamierungsfälle gegen Journalisten diene, müsse geändert werden.
16.3.2018	Die Staatliche Hygiene- und epidemiologische Überwachungsbehörde gibt bekannt, dass ab dem 1.4.2018 farbige Sticker in allen Cafés und Restaurants in Bischkek Auskunft zur Lebensmittelsicherheit geben werden.
16.3.2018	Präsident Dscheenbekow ernennt Muchammedkaly Abulgasijew zum neuen Leiter der Präsidialverwaltung.
19.3.2018	Am Rande eines Treffens der kirgisisch-tadschikischen Regierungskommission bespricht der stellvertretende Premierminister Dajir Kenkejew mit dem tadschikischen Premier Kochir Rasulsoda die Umsetzung bilateraler Abkommen und die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern.
19.3.2018	Verschiedene Medien berichten, dass die russische Polizei in Rjasan 13 kirgisische Arbeitsmigrantinnen aus der Sklaverei ähnlichen Arbeitsbedingungen in einer Näherei befreit hat. Ermittlungen gegen den Betreiber der Fabrik laufen, die russische Menschenrechtsbeauftragte ist eingeschaltet.
20.3.2018	Radio Asattyk meldet, dass im Bezirk Kadamschai (Gebiet Batken) 13 Mitglieder der verbotenen religiösen Vereinigung Jakyn Inkar verhaftet wurden.
21.3.2018	Den neuen Zahlen der russischen Zentralbank zufolge haben die Rücküberweisungen kirgisischer Arbeitsmigranten 2017 eine Rekordhöhe von 2,21 Mrd. US-Dollar erreicht, 27 % mehr als 2016.
22.3.2018	Der Pressedienst des Innenministeriums meldet, dass während einer Großrazzia im ganzen Land 137 Personen festgenommen wurden, die sich aufgrund schwerer Verbrechen, wie Mord, Drogenschmuggel und Vergewaltigungen, auf internationalen Fahndungslisten befanden. Weitere Details sind nicht bekannt.

22.3.2018	Nach Angaben des Staatlichen Komitees für Industrie, Energie und Bodenschätze sind in Kirgistan derzeit 16 Wasserkraftwerke in Betrieb.
23.3.2018	Die Weltbank stellt Kirgistan 50 Mio. US-Dollar für die Umsetzung des Projekts Digital CASA zur Verfügung. 25 Mio. werden in Form eines Kredits und 25 Mio. als Finanzhilfe bereitgestellt. Ziel des Projekts ist es, den landesweiten Zugang zum Internet und die Infrastruktur von digitalen Dienstleistungen zu verbessern.

Tadschikistan

17.2.2018	Die chinesische Bergbaugesellschaft Zi jin Mining (Hongkong) verkauft der Regierung Tadschikistans vereinbarungsgemäß 5 % ihres Anteils am Grundkapital des Joint Ventures »Zarafscho« zum symbolischen Preis von 1 US-Dollar. Der Anteil der Regierung beträgt damit 30 % (7.274.724 US-Dollar), der Anteil der chinesischen Firma 70 % (16.974.364 US-Dollar).
18.2.2018	In Gegenwart offizieller Delegationen des Grenzschutzes Usbekistans und Tadschikistans wird am Grenzübergang Sarasm (Gebiet Sogd) – Dschartepa (Gebiet Samarkand) die sog. Karimow-Mauer niedrigerissen, die seit 2010 auf Initiative der usbekischen Seite den Grenzübergang versperrt hatte. Die offizielle Wiedereröffnung ist für März geplant.
19.2.2018	FergananeWS.com berichtet, dass einem an Krebs erkrankten dreijährigen Enkel des im Exil lebenden Vorsitzenden der verbotenen Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT), Muchiddin Kabiri, die Ausreise zur medizinischen Behandlung verweigert wird.
19.2.2018	Am Tor einer Produktionskooperative im Bezirk Wachscho (Gebiet Chatlon), die von einem Verwandten des verstorbenen Führers der Vereinigten Tadschikischen Opposition (UTO), Abdullo Nuri, geleitet wird, wurde in der Nacht eine Fahne des IS gehisst. Drei Personen wurden festgenommen, teilen die Rechtsorgane mit. Der Hintergrund soll nicht politisch oder religiös sein, sondern eine private Racheaktion.
19.2.2018	Auf dem Gelände des Heizkraftwerkes von Duschanbe werden die ersten Chargen der insgesamt 10.000 t Heizöl im Wert von 3,9 Mio. US-Dollar, die Kasachstan Tadschikistan als humanitäre Hilfe zur Verfügung stellt, feierlich übergeben.
19.2.2018	Auf Anordnung von Innenminister Ramason Rachimsoda müssen ab sofort Mitarbeiter der Polizei, die mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung beauftragt sind sowie Mitarbeiter der Staatlichen Autoinspektion Englisch lernen, um mit Touristen in Kontakt treten zu können.
20.2.2018	Der Aktivist der verbotenen PIWT Numondscho Scharipow widerspricht gegenüber dem tadschikischen Dienst von RFE/RL Berichten von Menschenrechtlern, dass er am 16.2.2018 gegen seinen Willen gewaltsam aus der Untersuchungshaft in Istanbul nach Duschanbe gebracht worden sei.
20.2.2018	Nach Angaben des World Gold Council sind die Goldvorräte Tadschikistan in den letzten acht Jahren um das sechsfache (13 t) gestiegen und betragen nun 15,6 t.
20.2.2018	Das Notstandskomitee widerspricht einer Warnung der afghanischen Regierung, dass im (natürlich entstandenen) Staudamm des Sares-Sees (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan, GBAO) neue Risse aufgetaucht seien und er auszulaufen beginne.
21.2.2018	Ein Militärgericht des Nordkaukasischen Militärkreises in Rostow am Don verurteilt einen tadschikischen Staatsbürger wegen Anwerbung von Rekruten für den IS zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe.
21.2.2018	Präsident Emomali Rachmon eröffnet in Duschanbe das Zentrum der Verwaltung der Streitkräfte Tadschikistans, bei dem im Falle einer staatlichen Bedrohung die Fäden aus den Gebieten des Landes zusammenlaufen und militärische Maßnahmen koordiniert werden sollen.
22.2.2018	Im Corruption Perception Index für 2017 von Transparency International belegt Tadschikistan den 161. Platz (von 180).
22.2.2018	In einem Krankenhaus in Kanibadam (Gebiet Sogd) stirbt der zweite von fünf Anglern, die Anfang Januar nach einer Auseinandersetzung über die Rechtmäßigkeit ihrer Tätigkeit von tadschikischen Grenzern angeschossen wurden.
22.2.2018	Ein Moskauer Gericht verurteilt sechs tadschikische Staatsbürger, denen die Planung eines Anschlags auf einen Minibus vorgeworfen wird, zu Freiheitsstrafen von 12–18 Jahren.
24.2.2018	Premierminister Kochir Rasulsoda und sein usbekischer Amtskollege Abdulla Aripow sowie weitere hochrangige Vertreter beider Staaten nehmen in Fergana an der Sitzung der gemeinsamen Kommission zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze teil.

26.2.2018	Asia-Plus berichtet unter Berufung auf offizielle Statistiken, dass Tadschikistan 2017 humanitäre Hilfe vom mehr als 73,6 Mio. US-Dollar, und damit fast 18 Mio. US-Dollar mehr als 2016, erhalten hat. Größter Geber war China (32,2 %), gefolgt von Russland (18,65 %). Der deutsche Anteil wird mit 2,7 % angegeben.
27.2.2018	Der Fernsehkanal Usbekistan 24 berichtet, dass bereits seit dem 10.2.2018 am usbekisch-tadschikischen Grenzübergang Oibek (Gebiet Taschkent) – Buston (Gebiet Sogd) vereinfachte Regeln gelten. Bewohner der Grenzbezirke beider Staaten können sich nun fünf Tage lang visafrei im Nachbarland aufhalten.
28.2.2018	Asia-Plus berichtet unter Berufung auf Angaben aus dem Finanzministerium, dass Tadschikistan 2017 mehr als 176,5 Mio. US-Dollar seiner Auslandsschulden abgezahlt hat, 81,6 Mio. US-Dollar davon an die chinesische Eksimbank. Zu Jahresbeginn 2018 lagen die Auslandsschulden Tadschikistans dennoch bei 2,9 Mrd. US-Dollar (= 40,3 % des BIP).
1.3.2018	Usbekische Sicherheitskräfte liefern einen aufgrund eines von Tadschikistan initiierten internationalen Haftbefehls wegen Drogenhandels verhafteten Mann an Tadschikistan aus. In der Ära Karimow hatte Usbekistan zwar derartige Festnahmen vorgenommen, aber nicht nur nicht ausgeliefert, sondern die tadschikische Seite auch nicht über die Verhaftung informiert.
1.3.2018	Interpol streicht den Namen des Führers der verbotenen PIWT, Muchiddin Kabiri, von der Liste der gesuchten Personen, nach inoffiziellen Angaben, weil der tadschikische Suchbefehl auf Verfolgung wegen politischer Überzeugungen beruhte.
1.3.2018	Mit dem heutigen Tag werden acht Straßen- und ein Eisenbahn-Checkpoint sowie ein Grenzposten nach Usbekistan wieder geöffnet, die seit acht Jahren geschlossen waren.
1.3.2018	Ein Sprecher des Aluminiumwerkes TALCO teilt mit, dass der Betrieb während des Baus des neuen tadschikisch-chinesischen Aluminiumwerkes auf dem Gelände des bisherigen die Tätigkeit einstellen wird. Das neue Werk soll eine Kapazität von 503.000 t Aluminium in Jahr haben und soll 1.100 Arbeitsplätze schaffen.
1.3.2018	Nachdem die zuständigen Ministerien in Tadschikistan und Russland den Einsatz von 30 Russischlehrern aus der RF seit Beginn des Schuljahres in Tadschikistan positiv bewerten, bittet die tadschikische Seite Russland um die Entsendung weiterer 30 Lehrer.
2.3.2018	Auf der neuen, vom Bildungsministerium publizierten Liste von Aufsatzthemen für Abiturienten tauchen unter den tadschikischsprachigen Vorschlägen u. a.: »Der Führer der Nation – der Verteidiger der Nation«, »Wir sind Anhänger des Führers der Nation« sowie »Ich bin stolz darauf, ein Arier zu sein« auf.
2.3.2018	Innenminister Rachimsoda empfängt den pakistanischen nationalen Koordinator für den Kampf gegen den Terrorismus, Ihsan Ghani, zu Gesprächen über Möglichkeiten einer Intensivierung der Zusammenarbeit.
5.3.2018	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass seit der Senkung der Tarife für den Transport von für Tadschikistan bestimmter Güter durch usbekisches Staatsgebiet erstmals die Preise für Mehl gesunken sind (seit Jahresbeginn um 20 %).
5.3.2018	Die Staatsverschuldung betrug am 1.1.2018 3,67 Mrd. US-Dollar = 51,4 % des BIP. 2,9 Mrd. davon sind Auslandsschulden, meldet Asia-Plus unter Berufung auf das Finanzministerium.
5.3.2018	RFE/RL berichtet unter Berufung auf Regierungsquellen, dass Saidmurod Chalimow, der Bruder von Gulmurod Chalimow, dem ehemaligen Chef der OMON-Truppen Tadschikistans, der sich 2015 dem IS angeschlossen hat, bereits Ende 2017 von seinem Posten als Leiter der Abteilung für Gefängnisse im Innenministerium zurückgetreten ist, nachdem drei nahe Verwandte unter Terrorismusverdacht festgenommen worden waren.
5.3.2018	Im Vorfeld des Besuches des usbekischen Präsidenten Schawkat Mirsijojew unterzeichnet Präsident Rachmon einen Erlass über die Umbenennung des Parks »50. Jahrestag der Jugend« in Duschanbe in »Alischer Nawoi-Park«. Außerdem sollen Denkmäler von Abdurachmon Dschomi und Alischer Nawoi als Symbol der Freundschaft des tadschikischen und usbekischen Volkes errichtet werden.
7.3.2018	Der Eisenbahnübergang zwischen Usbekistan und Tadschikistan Amusang-Galaba wird in Gegenwart der Gouverneure des usbekischen Gebiets Suchandarja, Erkin Turdymow, und des tadschikischen Gebiets Chatlon, Dawlatscho Gulmachmadsoda, wiedereröffnet.
7.3.2018	Das Autonome Gebiet Berg-Badachschan (GBAO) wird auf der ITB in Berlin als eine der weltweit 100 besten Destinationen für Tourismus ausgezeichnet.
8.3.2018	Mehr als 120 Unternehmer erörtern auf der ersten Sitzung des gemeinsamen tadschikisch-usbekischen Wirtschaftsrates in Duschanbe Möglichkeiten einer Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

9.3.2018	Präsident Rachmon empfängt seinen usbekischen Amtskollegen Mirsijojew bei seinem ersten Staatsbesuch in Tadschikistan zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis. Es werden Vereinbarungen u. a. über die Demarkation mehrerer Grenzabschnitte, die Abschaffung des Visaregimes für Bürger beider Staaten und die Intensivierung der Zusammenarbeit in diversen Bereichen unterzeichnet. Die seit 2011 unterbrochene Bahnlinie Galaba-Amusang wird in Gegenwart beider Präsidenten wieder in Betrieb genommen. Bei einem Wirtschaftsforum am Rande des Besuches werden Verträge im Umfang von 620 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
9.3.2018	In Brüssel findet das 6. Treffen des Kooperationskomitees EU-Tadschikistan statt. Gesprächsthema ist u. a. die neue Zentralasien-Strategie.
10.3.2018	Der Vorsitzende der unteren Kammer des Parlamentes, Schukurdschon Suchurow, erörtert in Duschanbe mit dem usbekischen Präsidenten Mirsijojew Möglichkeiten der Intensivierung es Zusammenarbeit der Parlamente beider Länder.
12.3.2018	Die tadschikischsprachige Nachrichtenwebsite Achbor berichtet, dass Polen dem Mitbegründer der in Tadschikistan verbotenen PIWT Kalandar Saduridinow die Anerkennung als politischer Flüchtling verweigert hat. Gründe sind nicht bekannt. Zwei Kindern und 13 Enkeln Saduridinows war zuvor der Flüchtlingsstatus zugebilligt worden.
13.3.2018	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet unter Berufung auf einen Mitarbeiter von Tajikfilm, dass in Zukunft aus allen in tadschikischen Kinos und im Fernsehen gezeigten Filmen erotische Szenen entfernt werden müssen.
13.3.2018	Die International Crisis Group (ICG) drückt in einer Stellungnahme ihre Besorgnis über die schwache Präsenz des tadschikischen Staates in GBAO aus und warnt vor einer Machtübernahme durch lokale Machthaber und wachsender chinesischer Präsenz.
14.3.2018	Im Streit zwischen den zuständigen tadschikischen und russischen Luftfahrtbehörden über die Genehmigung von Flügen der Gesellschaft Uraliskie Awialinii zwischen Perm und Duschanbe erklärt die tadschikische Agentur für zivile Luftfahrt, dass die Genehmigung sofort erteilt werde, sobald die russische Seite entsprechend der vertraglich vereinbarten Parität entsprechende Flüge tadschikischer Anbieter zulasse.
14.3.2018	Asia-Plus meldet, dass Tojiktransgaz und Uztransgaz einen Vertrag über usbekische Gaslieferungen nach Tadschikistan von 126 Mio. m ³ zum Preis von 15,1 Mio. US-Dollar unterzeichnet haben, d. i. weniger als die Hälfte des Weltmarktpreises.
14.3.2018	Präsident Rachmon trifft im Vorfeld des Gipfels der zentralasiatischen Präsidenten in Astana mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew zu bilateralen Gesprächen zusammen. Es werden mehrere Verträge unterschrieben, darunter auch ein Protokoll über den Aufenthalt ohne Registrierung im jeweils anderen Land für 30 Tage.
15.3.2018	Im Exil lebende tadschikische Bürgerrechtler teilen auf Facebook mit, dass sie in Amsterdam die Volksbewegung »Reformen und Entwicklung in Tadschikistan« (RRT) gegründet haben. Koordinator der Gruppe ist Scharofiddin Gadojew.
15.3.2018	Am Rande des Treffens der zentralasiatischen Staatsoberhäupter in Astana trifft Präsident Rachmon mit dem kasachstanischen Premier Bakytschan Sagintajew zu Gesprächen zusammen.
15.3.2018	Unter den 1.372 auf der neuen Liste der terrorverdächtigen Personen der Nationalbank aufgeführten Namen werden neben vielen anderen Oppositionspolitikern auch der im Exil lebende Vorsitzende der verbotenen PIWT, Muhiddin Kabiri, und Mitglieder seiner Familie aufgeführt. Zwei Wochen zuvor war Kabiri von der Interpol-liste der international gesuchten Personen gestrichen worden.
15.3.2018	Nach Angaben des tadschikischen Dienstes von RFE/RL hat sich der ehemalige Führer der »Allrussischen Bewegung Tadschikische Arbeitsmigranten«, Karomat Scharipow, mit der Bitte an die OSZE gewandt, ihm bei der Bewilligung des Flüchtlingsstatus in Deutschland oder Großbritannien zu unterstützen. Scharipow war im Dezember 2017 aus Russland ausgewiesen worden, nachdem ein Gericht ihn wegen unrechtmäßigen Erwerbs der russischen Staatsbürgerschaft verurteilt hatte.
16.3.2018	Nach Angaben eines Sprechers des Kommandeurs des russischen Zentralen Militärbezirks hat auf dem Übungsgelände von Charbaidon (Gebiet Chatlon) nahe der Grenze zu Afghanistan ein russisch-tadschikisches Manöver stattgefunden, bei dem ca. 2.000 Soldaten gemeinsame Operationen im Kampf gegen illegale bewaffnete Gruppen geübt haben.
16.3.2018	Ab sofort können tadschikische Staatsbürger sich ohne Visum 30 Tage lang in Usbekistan aufhalten.
17.3.2018	Auf der Website des Außenministeriums wird eine erweiterte Liste von jetzt insgesamt 112 Staaten publiziert, deren Bürger im vereinfachten Verfahren Visa erhalten können.

19.3.2018	Bei seinem alljährlichen Treffen mit Vertretern der Intelligenz betont Präsident Rachmon deren Bedeutung bei der Stärkung der nationalen Einheit und der Verteidigung der nationalen Interessen und fordert sie zu verstärktem Engagement auf.
19.3.2018	Am Rande der Sitzung der kirgisisch-tadschikischen Zwischenregierungscommission über bilaterale Fragen empfängt Premierminister Rasulsoda den stellvertretenden kirgisischen Premier Dajir Kenekejew zu Gesprächen über Möglichkeiten einer Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
19.3.2018	Finanzminister Faisiddin Kachorsoda diskutiert in Duschanbe mit einer Delegation der EBRD den Stand der Implementierung gemeinsamer Investitionsprojekte in Tadschikistan.
20.3.2018	In ganz Tadschikistan wird der 20.3., wie im April 2017 von der Regierung beschlossen, erstmals als Tag der Kultur begangen.
20.3.2018	In Duschanbe wird ein im Rahmen des U.S. Export Control and Related Border Security (EXBS) Programmes errichtetes regionales Ausbildungszentrum für Exportkontrolle und Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen offiziell eröffnet. In dem Zentrum soll tadschikisches Sicherheitspersonal geschult werden.
20.3.2018	Das Innenministerium erklärt, dass es über die Inhaftierung des Führers der Gruppe 24, Suchrobi Safar Turajew, und eines Mitgliedes der Gruppe (Nasim Scharipow) am Vortag in Istanbul erst aus dem Medien erfahren habe und die Festnahme nicht verantworte.
22.3.2018	Die Nachrichtenwebsite Achbor berichtet unter Berufung auf das Statistische Amt der EU, dass die Zahl der politischen Flüchtlinge aus Tadschikistan in Europa sich 2017 gegenüber dem Vorjahr auf ein Zehntel verringert habe. Hatten 2016 noch 882 Tadschiken in EU-Staaten (vor allem Polen und Litauen) um politisches Asyl nachgesucht, waren es 2017 nur noch 85.
22.3.2018	Asia-Plus berichtet von einem neuen Bericht der Weltbank, der zu dem Ergebnis kommt, dass in Tadschikistan mehr als 20 % der unter Fünfjährigen für ihr Alter zu klein sind. Als Ursache werden eine unausgewogene, mangelhafte Ernährung, verunreinigtes Trinkwasser und schlechte sanitäre Bedingungen vermutet.
22.3.2018	In seiner Rede auf der Konferenz anlässlich des Beginns der internationalen Initiative »Wasser für eine nachhaltige Entwicklung, 2018–2028« in New York fordert Präsident Rachmon mehr internationale Zusammenarbeit zur Lösung der weltweiten Wasserkonflikte. Am Rande der Veranstaltung unterzeichnet Rachmon die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Am Vortag war der Präsident mit UN-Generalsekretär António Guterres zu Gesprächen über die Reform der UN sowie die nationale Entwicklungsstrategie Tadschikistans zusammengetroffen.
22.3.2018	Die Nachrichtenagentur TajikTag berichtet, dass die EBRD bislang insgesamt 300 Mio. Euro in Tadschikistan investiert hat.
23.3.2018	Laut Asia-Plus haben sich die Flugzeiten zwischen Tadschikistan und diversen russischen Städten seit 8.3.2018 um 30 bis 50 Minuten verlängert, weil die russische Luftfahrtbehörde tadschikischen Fluggesellschaften neue, längere Flugkorridore zugeteilt hat.
23.3.2018	Nach Angaben der russischen Zentralbank haben tadschikische Arbeitsmigranten 2017 mehr als 2,5 Mrd. US-Dollar in ihre Heimat rücküberwiesen, über 600 Mio. US-Dollar mehr als 2016.

Turkmenistan

17.2.2018	Der Zolldienst empfängt eine Delegation der iranischen Behörde für Drogenbekämpfung.
20.2.2018	Alternatiwnye Nowosti Turkmenistana (ANT) berichtet, dass die Staatsbank für Außenhandel die Möglichkeit ausgesetzt hat, für Dienstleistungen internationaler Anbieter, wie z. B. Apple, iTunes, PayPal und Yandex, Geld zu zahlen.
21.2.2018	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow erörtert in Aschchabad mit dem Vorstandsvorsitzenden für Asien und die Pazifikregion der CNH Industrial, Stefano Pampalone, Fragen der Implementierung von Investitionsprojekten.
22.2.2018	Transparency International veröffentlicht seinen Corruption Perception Index für 2017, in dem Turkmenistan den 167. Platz (von 180) einnimmt.
22.2.2018	Turkmenistan wird auf der 80. Tagung des Binnenverkehrsausschusses der UNECE in Genf für die Periode 2019–2020 zum temporären Mitglied des Büros des Ausschusses gewählt.
22.2.2018	ANT berichtet, dass Frauen in Turkmenistan nicht mehr die alle zehn Jahre erforderliche Verlängerung der Gültigkeit ihres Führerscheins bekommen. ANT hatte bereits im Dezember 2017 von einem generellen Fahrverbot für Frauen berichtet.

23.2.2018	Präsident Berdymuchammedow nimmt gemeinsam mit seinem afghanischen Amtskollegen Aschraf Ghani, dem pakistanischen Premierminister Schahid Khaqan und dem indischen Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten M.J. Akbar an der feierlichen Einweihung des afghanischen Abschnitts der TAPI-Pipeline in der westafghanischen Stadt Herat teil. Die Pipeline soll bis 2019 fertiggestellt werden. Viele Finanzierungs- und Sicherheitsfragen sind aber nach wie vor ungeklärt.
26.2.2018	Radio Asatlyk teilt mit, dass in der Türkei eine turkmenische Staatsbürgerin festgenommen wurde, weil sie bei ihrem Arbeitgeber Schmuck im Wert von 900.000 US-Dollar gestohlen haben soll.
26.2.2018	Die Homepage für rechtliche Informationen der RF teilt mit, dass ein Abkommen zur gemeinsamen Drogenbekämpfung zwischen Turkmenistan und der RF in Kraft getreten ist, das im Oktober 2017 von den Präsidenten der beiden Länder unterzeichnet worden war.
26.2.2018	Radio Asatlyk meldet, dass der staatliche Migrationsdienst plant, die Gültigkeit von Reisepässen von bisher zehn Jahren auf ein Jahr zu begrenzen.
27.2.2018	Der Mangel an Kleie, die in Turkmenistan vor allem als Viehfutter verwendet wird, führt zu langen Schlangen und Chaos an den Ausgabepunkten in verschiedenen Teilen des Landes, berichtet Radio Asatlyk.
28.2.2018	In Budapest nimmt eine turkmenische Delegation an dem vom ungarischen Vorsitz der Visegrad-Gruppe initiierten Ministerforum »B4 + Zentralasien« teil.
28.2.2018	Präsident Berdymuchammedow ordnet per Dekret an, dass alle Frauen zum Weltfrauentag am 8. März im Namen des Präsidenten 40 Manat (11,70 US-Dollar) geschenkt bekommen sollen.
28.2.2018	ANT meldet, dass für einen Besuch des Präsidenten Tausende Bürger aus den umliegenden Bezirken nach Turkmenabad gebracht wurden, damit sie als »Statisten« dem Präsidenten zujubelten.
1.3.2018	Nach Ablauf der Registrierungsfrist der Kandidaten für die Parlaments- und Lokalwahlen am 25.3.2018 sind 284 Kandidaten für die Parlamentswahl, 489 Kandidaten für die Wahlen auf Gebietsebene und 2.570 Kandidaten für die Bezirks- und Stadtwahlen registriert.
1.3.2018	Eine turkmenische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Premierministers Bairam Annameredow hält sich für das 14. Treffen der turkmenisch-usbekischen Kommission für wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit in Taschkent auf.
2.3.2018	In Aschchabad findet ein turkmenisch-iranisches Wirtschaftsforum statt, an dem Vertreter von 65 iranischen Unternehmen teilnehmen.
2.3.2018	Radio Asatlyk meldet, dass die monatlichen Rationen von lebenswichtigen Lebensmitteln, die jedem Bürger zustehen, aufgrund der Lebensmittelknappheit im ganzen Land weiter reduziert wurden. Die maximale Menge Mehl pro Person beträgt jetzt 1 kg und die maximale Menge Zucker nur noch 0,5 kg.
2.3.2018	Präsident Berdymuchammedow kündigt an, dass er am ersten zentralasiatischen Gipfel seit 2009, der am 15.3.2018 in Astana stattfinden wird, nicht teilnehmen wird. Gründe für die Absage werden nicht genannt.
6.3.2018	Eine Arbeitsgruppe für Handels- und Investitionsförderung unter der Schirmherrschaft der turkmenisch-russischen zwischenstaatlichen Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit tagt zwei Tage in Aschchabad. Am dem Treffen nimmt auch der stellvertretende Minister der RF für wirtschaftliche Entwicklung, Alexej Grusdew, teil.
10.3.2018	Eine Delegation des türkischen Außenministeriums unter Leitung des stellvertretenden Außenministers Anbid Yardim hält sich für politische Beratungen zur bilateralen Zusammenarbeit in Aschchabad auf.
11.2.2018	Radio Asatlyk meldet, dass der Sohn des Präsidenten, Serdar Berdymuchammedow, bei den diesjährigen Parlamentswahlen erneut als Kandidat für die Demokratische Partei antreten wird.
13.3.2018	Präsident Berdymuchammedow führt während seines offiziellen Besuchs in Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten vor allem Gespräche über die Verbesserung der Handelsbeziehungen und den Abschluss von Kooperationsabkommen zwischen staatlichen Konzernen der drei Länder.
13.3.2018	Radio Asatlyk zufolge können in Aschchabad jetzt nur noch maximal 800 Manat (222 US-Dollar) pro Tag und in den Gebieten des Landes nur noch 200 Manat (55 US-Dollar) pro Tag abgehoben werden, statt wie bisher 1.000 respektive 300 Manat.
15.3.2018	Parlamentspräsidentin Akja Nurberdijewa nimmt anstelle von Präsident Berdymuchammedow am zentralasiatischen Gipfel in Astana teil. Einen Tag später melden verschiedene Medien, dass der Sohn des Präsidenten, Serdar Berdymuchammedow, sich im Vorfeld des Gipfeltreffens mit Kasachstans Präsident Nasarbajew getroffen hat.
16.3.2018	Radio Asatlyk zufolge hat in Aschchabad das einzige Büro des Geldüberweisungsdienstes MoneyGram geschlossen.

19.3.2018	Eine iranische Delegation unter Leitung von Ölminister Bijan Namdar Zangane wird im Außenministerium empfangen.
20.3.2018	Im Gebiet Daschogus werden Radio Asatlyk zufolge massive Personen- und Telefonkontrollen durchgeführt, um die Personen aufzudecken, die in den vergangenen Monaten dem turkmenischen Dienst von RFE/RL Informationen über wirtschaftliche Probleme und Ereignisse in Daschogus geliefert haben.
21.3.2018	Radio Asatlyk meldet, dass in einem Wohngebiet in Aschchabad eine Drohne abgestürzt sei, die das Viertel per Video überwacht habe. Bisher war nicht bekannt, dass in der Hauptstadt Drohnen zur Überwachung der Stadt eingesetzt werden.
21.3.2018	Anlässlich des Frühlingsfestes (Navruz) begnadigt Präsident Berdymuchammedow eine nicht genannte Zahl von Strafgefangenen. Politische Häftlinge sollen sich nach Angaben von ANT nicht darunter befinden.
22.3.2018	Iranische Behörden teilen mit, dass turkmenische Grenzbeamte in der Nacht zuvor zwei iranische Fischer erschossen und zwei weitere festgenommen haben, die an den grenzüberschreitenden Gewässern des Kaspischen Meers fischten. Die iranischen Behörden bezeichnen das Vorgehen der Grenzbeamten als unangemessen. In Turkmenistan wurde der Vorfall nicht kommentiert.
23.3.2018	Radio Asatlyk meldet, dass in Aschchabad sowohl private als auch staatliche Apotheken aufgrund von Medikamentenknappheit und dadurch ständig steigenden Preise schließen würden. Nach Berichten von Informanten könnten sich die Menschen die Medikamente nicht mehr leisten.

Usbekistan

18.2.2018	In Gegenwart offizieller Delegationen des Grenzschutzes Usbekistans und Tadschikistans wird am Grenzübergang Sarasm (Gebiet Sogd) – Dajartep (Gebiet Samarkand) die sog. Karimow-Mauer niedergerissen, die seit 2010 auf Initiative der usbekischen Seite den Grenzübergang versperrt hatte. Die offizielle Wiedereröffnung ist für März geplant.
19.2.2018	Der Pressedienst des staatlichen Zollkomitees kündigt an, dass die sog. Virtuellen Sprechstunden der Leiter aller staatlichen Einrichtungen des Landes auf der Seite des Präsidenten zusammengefügt werden, um die Nutzung benutzerfreundlicher zu machen.
19.2.2018	Präsident Schawkat Mirsijojew unterzeichnet einen Ukas, in dem Mängel in den Bereichen Informationstechnologie und Kommunikation gerügt werden. Der kommissarische Minister für Entwicklung der Informationstechnologie und Kommunikation, Schersod Schermatow, wird entlassen und Asim Achmedchadschajew als Minister ohne Geschäftsbereich zu seinem Nachfolger bestimmt.
19.2.2018	Die Nationalbank für Außenhandel und die deutsche AKA Bank (Ausfuhrkredit-GmbH) unterzeichnen in Frankfurt eine Kreditvereinbarung in Höhe von 100 Mio. Euro für die Entwicklung von wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Usbekistan und europäischen Staaten.
20.2.2018	Auf Anordnung der Regierung wird ein spezieller Fonds für die Entwicklung des militärindustriellen Komplexes gegründet.
20.2.2018	Der Journalist usbekischer Nationalität Ali Feruz, der am 15.2.2018 aus Moskau nach Deutschland ausgereist war, wurde nach Angaben der Nachrichtenagentur Interfax in Deutschland als Flüchtling anerkannt.
20.2.2018	Eine Delegation der EBRD unter Leitung der Geschäftsführerin für Zentralasien und Russland, Natalja Chanjenkowa, besucht Nukus (AR Karakalpakstan), wo sie vom Vorsitzenden des Parlamentes, Musa Jernijasow, über aktuelle Entwicklungen informiert wird.
21.2.2018	Vierzig in- und ausländische Wissenschaftler wenden sich in einem auf Facebook publizierten offenen Brief an Präsident Mirsijojew, in dem sie ihn auffordern, sich persönlich des Falls des im Dezember 2017 wegen Staatsverrats zu 11 Jahren Haft verurteilten Wissenschaftlers Andrej Kubatin anzunehmen. Kubatin hatte ausländischen Wissenschaftlern Kopien aus historischen Büchern aus seinem persönlichen Archiv zur Verfügung gestellt.
22.2.2018	Im Corruption Perception Index für 2017 von Transparency International belegt Usbekistan den 122. Platz (von 180).
22.2.2018	Der Mobilfunkbetreiber Uzmobil beginnt mit dem Verkauf spezieller SIM-Cards für Touristen, die auf Flughäfen, Bahnhöfen und touristischen Hotspots gegen Vorlage des Reisepasses erworben werden können.
22.2.2018	RFE/RL berichtet, dass der stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Religionsangelegenheiten, Otkir Chasanbojew, dem enge Kontakte zum Staatlichen Komitee für nationale Sicherheit nachgesagt wurden, seines Amtes enthoben wurde. Am Vortag hatte die BBC zudem berichtet, dass bei der Geistlichen Verwaltung der Muslime Usbekistans der Posten des stellvertretenden Vorsitzenden, der von einem Vertreter des SNB eingenommen wurde, abgeschafft und der langjährige Amtsinhaber Aidarbek Tulepow, besser bekannt als Kori-aka, am 17.2.2018 entlassen wurde.

22.2.2018	Der stellvertretende Wirtschaftsminister Mubin Mirsajew berichtet in einem Interview mit Narodnoje Slowo, dass die Regierung einen Vorrat von fast 450.0000 t landwirtschaftlicher Produkte (Kartoffeln, Zwiebeln, Möhren, Reis etc.) für den Fall starker Preissteigerungen im Lebensmittelsektor im Frühjahr angelegt habe.
22.2.2018	Das Ministerium für die Entwicklung der Informationstechnologien und Kommunikation erhält das Recht, qualifizierten ausländischen Mitarbeitern das Gehalt in frei konvertierbaren Devisen auszuzahlen.
22.2.2018	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass am Vortag der Bürgerrechtler Israil Chaldarow aus der Lagerhaft entlassen wurde. Chaldarow, der in Andischan eine Abteilung der oppositionellen Partei Erk geleitet hatte, war 2006 aus seinem Exil in Bischkek entführt und 2007 zu sechs Jahren Haft verurteilt worden, die zwei Mal verlängert wurde.
22.2.2018	Im neuesten Jahresbericht von Amnesty International wird Usbekistan als einziges Land Zentralasiens mit positiven Veränderungen im Bereich der Rechte und Freiheiten seiner Bürger genannt.
22.2.2018	Präsident Mirsijojew fordert auf einer Veranstaltung über die Entwicklung des Tourismus größtmögliche Erleichterungen für Touristen, u. a. die Möglichkeit einer elektronischen Registrierung nach der Einreise. Der Präsident kritisiert auch die staatliche Fluggesellschaft Uzbekistan Chawo Yollari für ihren schlechten Service für Touristen.
22.2.2018	Im Zentrum von Samarkand wird ein Denkmal von Alischer Nawoi und Abdurachman Dschami wieder aufgestellt, das 2009 von seinem Platz nahe des Registan entfernt worden war.
23.2.2018	Nach einem Treffen von Außenminister Abdulasis Kamilow mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in Moskau wird mitgeteilt, dass Russland die usbekische Initiative für eine Afghanistan-Friedenskonferenz im März in Taschkent unterstützt. Der Pressedienst des russischen Außenministers kündigt außerdem die Erarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplans für Zusammenarbeit im Bereich der Atomenergie an.
23.2.2018	Finanzminister Jamschid Kutschkarow kündigt in einem Interview an, dass Usbekistan 2018 Eurobonds für 300 Mio. US-Dollar verkaufen will.
24.2.2018	Premierminister Abdulla Aripow und sein tadschikischer Amtskollege Kochir Rasulsoda sowie weitere hochrangige Vertreter beider Staaten nehmen in Fergana an der Sitzung der gemeinsamen Kommission zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze teil.
24.2.2018	Nach Angaben auf der Website der Generalstaatsanwaltschaft wurde am 22.2.2018 der ehemalige Generalstaatsanwalt Raschid Kadyrow wegen des Verdachts der Erpressung, Annahme von Bestechungsgeldern und Vorteilsnahme im Amt verhaftet. Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet unter Berufung auf anonyme interne Quellen, dass am 24.2.2018 in diesem Zusammenhang auch der ehemalige Staatsanwalt des Gebiets Taschkent, Ulugbek Sunnatow, festgenommen wurde.
27.2.2018	Der im Februar 2017 aus nach 18jähriger Lagerhaft entlassene politische Gefangene Mohammad Bekschan wird von der ständigen Überwachung durch Rechtsorgane freigestellt. Damit hat er nun das Recht, ein Ausreisevisum, eine Rente und die Registrierung in Taschkent zu beantragen.
27.2.2018	Sakir Almatow, Innenminister von 1991–2005, wird zum Berater des jetzigen Innenministers Pulat Bobodschnow ernannt. Almatow hatte im Zusammenhang mit den Ereignissen von Andischan 2005 traurige Berühmtheit erreicht und in der Folge auf der Liste der Personen gestanden, denen die Einreise in die EU untersagt war.
27.2.2018	Der Fernsehkanal Usbekistan 24 berichtet, dass bereits seit dem 10.2.2018 am usbekisch-tadschikischen Grenzübergang Oibek (Gebiet Taschkent) – Buston (Gebiet Sogd) vereinfachte Regeln gelten. Bewohner der Grenzbezirke beider Staaten können sich fünf Tage lang visafrei im Nachbarland aufhalten.
28.2.2018	Justizminister Ruslanbek Dawletow äußert auf der 37. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf erstmals in der Geschichte des unabhängigen Usbekistan den Wunsch seines Landes, Mitglied des Rates zu werden.
28.2.2018	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass bereits in der Nacht vom 23. zum 24.2.2018 der ehemalige Staatsanwalt des Gebiets Taschkent, Dschamschid Fajsijew, wegen des Vorwurfs von Machtmissbrauch und Bestechlichkeit verhaftet wurde. Präsident Mirsijojew hatte Fajsijew im August 2017 öffentlich als Dieb bezeichnet und entlassen.
28.2.2018	Baumwolle und Getreide produzierenden Unternehmern, die mit Steuerzahlungen im Rückstand sind, werden durch eine neue Verordnung ihre Schulden für drei Jahre gestundet und Strafzahlungen abgeschrieben.
1.3.2018	Usbekische Sicherheitskräfte liefern einen von ihnen aufgrund eines von Tadschikistan initiierten internationalen Haftbefehls wegen Drogenhandels verhafteten Mann an Tadschikistan aus. In der Ära Karimow hatte Usbekistan zwar Festnahmen vorgenommen, aber nicht nur nicht ausgeliefert, sondern die tadschikische Seite auch nicht über die Verhaftung informiert.

1.3.2018	Mit dem heutigen Tag werden acht Straßen- und ein Eisenbahn-Checkpoint sowie ein Grenzposten nach Usbekistan geöffnet, die seit acht Jahren geschlossen waren.
1.3.2018	Am Rande der 14. Sitzung der usbekisch-turkmenischen Kommission für Handel und wissenschaftlich-technische sowie kulturelle Zusammenarbeit empfängt Präsident Mirsijojew den stellvertretenden turkmenischen Regierungschef Bairam Annamedow zu Gesprächen über bilaterale Fragen.
1.3.2018	Die EBRD und die EU beginnen das Regional Small Business Programme (RSBP) für kleine und mittlere private Unternehmen in Usbekistan. Ziel ist der Transfer von Wissen über die Finanzierung von KMU und Digitalisierung.
2.3.2018	Menschenrechtler berichten, dass der Journalist Jusuf Rusimurdarow nach knapp 20jähriger Haft am 22.2.2018 freigelassen wurde. Er war als Mitglied der oppositionellen Partei Erk 1999 wegen Angriffs auf den Präsidenten und die Verfassung sowie Organisation einer verbotenen politischen Vereinigung zu 15 Jahren verurteilt worden, die 2014 verlängert wurde.
2.3.2018	Die Generalstaatsanwaltschaft dementiert Gerüchte, dass der ehemalige stellvertretende Staatsanwalt der Stadt Taschkent, Miragsam Mirsajew, nebst Frau und Sohn, im Zusammenhang mit dem Fall des ehemaligen Generalstaatsanwaltes Kodirow verhaftet worden sei.
2.3.2018	In Taschkent findet unter Leitung der stellvertretenden Innenminister Dawron Nasarmuchamedow und Daniyar Abdykarow die erste Sitzung einer Arbeitsgruppe zwischen den Innenministerien Usbekistans und Kirgistans statt. Gesprächsthemen sind Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus, illegale Migration und Drogenhandel.
5.3.2018	In Reaktion auf den Abschlussbericht des UN-Sonderbeauftragten für Fragen der Religionsfreiheit, Ahmed Shaheed, über seinen Usbekistanbesuch im Oktober 2017 protestiert die usbekische Seite gegen Darstellungen, die nicht den Äußerungen Shasheeds vor Ort entsprechen würden und legt eine Liste mit 29 Anmerkungen zu dem Bericht vor.
6.3.2018	RFE/RL berichtet, dass eine Sonderermittlungsgruppe der Staatsanwaltschaft Untersuchungen im großen Stil in der Taschkenter Geschäftswelt wegen des Verdachts der Verbindung zum ehemaligen Generalstaatsanwalt Raschid Kadyrow durchführt.
6.3.2018	Das Arbeitsministerium teilt in Bezug auf eine Verordnung Präsident Mirsijojews zur Erhöhung der Sicherheit von Arbeitsmigranten mit, dass usbekische Staatsbürger, die im Ausland arbeiten, einmal jährlich einen Zuschuss zu den Reiskosten in Höhe von 300 Tsd. Sum (37 US-Dollar) erhalten sollen. Ab 1.4.2018 soll es spezielle Sonderangebote bei der Bahn für Arbeitsmigranten geben und die Zahl der Verbindungen soll erhöht werden. Daneben werden spezielle Sprachkurse und berufliche Fortbildungen für Arbeitsmigranten eingerichtet.
6.3.2018	Präsident Mirsijojew empfängt den russischen Finanzminister Anton Siluanow zu Gesprächen über die Perspektiven einer verstärkten Zusammenarbeit u. a. bei der Modernisierung der Finanz-, Steuer- und Zollorgane und Budgetplanung.
7.3.2018	Der 38jährige Sohn des am 23.2.2018 verhafteten ehemaligen Generalstaatsanwaltes Raschid Kadyrow, Alischer Kadyrow, wird wegen Erpressung und Betrugs zur Fahndung ausgeschrieben. Er hatte unmittelbar nach der Festnahme seines Vaters das Land verlassen und soll sich nach unterschiedlichen Berichten in Moskau oder Zürich aufhalten.
7.3.2018	Der Eisenbahnübergang zwischen Usbekistan und Tadschikistan Amusang-Galaba wird in Gegenwart der Gouverneure des usbekischen Gebiets Suchandarja, Erkin Turdymow, und des tadschikischen Gebiets Chatlon, Dawlatscho Gulmachmadsoda, wieder eröffnet.
8.3.2018	Mehr als 120 Unternehmer erörtern auf der ersten Sitzung des gemeinsamen tadschikisch-usbekischen Wirtschaftsrats in Duschanbe Möglichkeiten einer Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
9.3.2018	Auf der Website des Außenministeriums wird eine neue Rubrik in tadschikischer Sprache frei geschaltet, die Informationen zum Besuch Präsident Mirsijojews in Duschanbe und zum zwischenstaatlichen Verhältnis der beiden Länder enthält.
9.3.2018	Präsident Mirsijojew trifft während seines ersten Staatsbesuchs in Tadschikistan mit seinem tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis zusammen. Es werden Vereinbarungen u. a. über die Demarkation mehrerer Grenzabschnitte, die Abschaffung des Visaregimes für Bürger beider Staaten und die Intensivierung der Zusammenarbeit in diversen Bereichen unterzeichnet. Die seit 2011 unterbrochene Bahnlinie Galaba-Amusang wird in Gegenwart beider Präsidenten wieder in Betrieb genommen. Bei einem Wirtschaftsforum am Rande des Besuches werden Verträge im Umfang von 620 Mio. US-Dollar unterzeichnet.

10.3.2018	Präsident Mirsijojew trifft in Duschanbe mit dem Vorsitzenden der unteren Kammer des Parlamentes, Schukurdschon Suchurow, zu Gesprächen über die Entwicklung der Zusammenarbeit der Volksvertretungen beider Länder zusammen.
12.3.2018	Im Rahmen der Ermittlungen gegen den zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilten ehemaligen stellvertretenden SNB-Vorsitzenden Schuchrat Guljamow wird der bis Februar 2018 amtierende Chef der Hauptverwaltung für den Strafvollzug, Abdukarim Schodijew, verhaftet.
12.3.2018	Nach Angaben von Norma.uz tritt mit dem heutigen Tag eine Verordnung in Kraft, mit der Ein- und Ausfuhr des Sum vereinfacht werden. Nach den neuen für Bewohner wie Besucher geltenden Regeln dürfen nun Sum in Höhe bis zum 50fachen Minimallohn ohne schriftliche Deklaration ein- und ausgeführt werden (bisher 5facher Minimallohn). Der (monatliche) Minimallohn beträgt derzeit 21 US-Dollar. Die Kontrolle der Ausfuhr von Devisen wird dagegen verschärft.
13.3.2018	Mehrere Medien melden, dass Bechsod Musajew zum stellvertretenden Vorsitzenden des Staatlichen Steuerkomitees ernannt wurde, obwohl er auf der Liste der gesuchten Personen des Innenministeriums wegen des Verdachts diverser Finanzvergehen steht. Nach Angaben von RFE/RL hat Musajew in den USA politisches Asyl.
13.3.2018	Ein Gebietsgericht in Fergana verurteilt einen 22jährigen zu einer 15jährigen Freiheitsstrafe wegen Teilnahme am Syrienkrieg auf Seiten einer terroristischen Vereinigung. Der Arbeitsmigrant war in der Türkei unter den Einfluss radikaler Strömungen geraten.
14.3.2018	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass mit Schuchrat Taschpulatow ein weiterer ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des SNB verhaftet wurde.
14.3.2018	Asia-Plus meldet, dass Tojiktransgaz und Uztransgaz einen Vertrag über usbekische Gaslieferungen nach Tadschikistan von 126 Mio. m ³ zum Preis von 15,1 Mio. US-Dollar unterzeichnet haben, d. i. weniger als die Hälfte des Weltmarktpreises.
14.3.2018	Eine Delegation des IMF bewertet zum Abschluss ihres jährlichen Usbekistanbesuches die Reformbemühungen positiv, schlägt aber u. a. eine Steuerreform und die Liberalisierung der Preise zur Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes vor.
14.3.2018	Usbekische Medien berichten, dass auf Anordnung von Präsident Mirsijojew der Name des SNB (usbek. Milliy Xavfsizlik Xizmati MXX) in Staatlicher Sicherheitsdienst (Davlat Xavfsizlik Xizmati DXX) geändert wurde. In der Anordnung wird ausdrücklich erklärt, dass der Schutz der Menschenrechte zu den Pflichten des Dienstes gehöre.
15.3.2018	Präsident Mirsijojew entlässt die Leiter der landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften Uzagroservis und Uzagrolising und tadelt den stellvertretenden Premier Nodir Otadschonow, der zugleich der AG Uzagrotechsanoatcholding vorsteht, wegen der mangelhaften und veralteten landwirtschaftlichen Technik im Land.
15.3.2018	Die staatliche Elektrizitätsgesellschaft Uzbekenergo gibt eine Erhöhung der Strompreise ab 1.4.2018 um 12 % bekannt. Die letzte Erhöhung hatte am 15.7.2017 stattgefunden. Der Preis für Gas wird am 1.4. um 10 % steigen.
15.3.2018	Präsident Mirsijojew trifft in der kasachstanischen Hauptstadt Astana am Rand des ersten Treffens der Staatsoberhäupter der zentralasiatischen Staaten seit neun Jahren mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew zu bilateralen Gesprächen zusammen, bei denen Nasarbajew die »kolossale Arbeit« Mirsijojews lobt.
15.3.2018	In Astana wird in Anwesenheit der Präsidenten Usbekistans, Kasachstans, Kirgistans und Tadschikistans feierlich das Jahr Usbekistans in Kasachstan eröffnet.
16.3.2018	Das Innenministerium dementiert Meldungen über die Verhaftung des ehemaligen Chefs der Verwaltung für den Strafvollzug, Abdukarim Schodijew.
16.3.2018	FergananeWS.com berichtet unter Berufung auf die US-Botschaft in Taschkent, dass Vertreter der CIA und der usbekischen Generalstaatsanwaltschaft ein MoU über Zusammenarbeit im Kampf gegen transnationale Finanzverbrechen unterzeichnet haben.
17.3.2018	Verteidigungsminister Abdusalom Asisow und der britische Botschafter in Usbekistan, Christopher Allan, unterzeichnen ein Memorandum über militärische Zusammenarbeit in den Bereichen Ausbildung, gemeinsame Manöver und Teilnahme usbekischer Beobachter bei Übungen der britischen Armee.
17.3.2018	Der 2009 in einem umstrittenen Urteil wegen der Planung eines Anschlags auf den Flughafen von Karschi und die damals dort stationierte US-Militärbasis Chanabad zu 13 Jahren Haft verurteilte Menschenrechtler Gaibullo Dschalilow wurde am Vortag vorzeitig freigelassen, berichtet der usbekische Dienst von RFE/RL.
20.3.2018	In Taschkent wird die erste Tankstelle der russischen LUKoil eröffnet. Die dortigen Benzinpreise sind die höchsten in ganz Zentralasien, gleichzeitig werden aber auch WLAN, ein Café und Einkaufsmöglichkeiten geboten.

20.3.2018	RFE/RL berichtet, dass bereits Ende Februar drei Mitglieder der usbekischen Gesellschaft für Menschenrechte, Juldash Rasulow, Tschujan Mamatkulowa und Kudrat Rasulow, sowie der Journalist Gajrat Michlibajew vorzeitig aus der Haft entlassen wurden.
20.3.2018	Auf der neuen Eisenbahnstrecke zwischen Buchara und Miskin wird der Personenverkehr aufgenommen. Die Fahrzeiten zwischen z. B. Taschkent und Urgentsch verkürzen sich damit um zwei Stunden. Güterzüge verkehren bereits seit 1.12.2017 auf der neuen Strecke.
21.3.2018	Präsident Mirsijojew begeht das Frühlingsfest gemeinsam mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Nasarbajew in Samarkand. Beide Staatsoberhäupter besuchen das Mausoleum von Islam Karimow und erörtern den Stand der bilateralen Beziehungen und Möglichkeiten ihrer Intensivierung.
22.2.2018	Erstmals seit 2010 verkehrt wieder ein Mal in der Woche ein Personenzug zwischen Taschkent und dem kirgisischen Feriengebiet am Issyk-Kul.
22.3.2018	Die Generalstaatsanwaltschaft bestätigt nun doch, dass der ehemalige stellvertretende Staatsanwalt von Taschkent, Miraglam Mirsajew und seine Familie verhaftet wurden.
22.3.2018	Das U.S. State Department teilt mit, dass es die militante usbekische Gruppierung Katibat al-Imam al-Bukhari in seine Liste der Specially Designated Global Terrorists aufgenommen hat. Mitglieder der Gruppe sollen eine bedeutende Rolle im Syrienkrieg spielen.
23.3.2018	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet unter Berufung auf anonyme Quellen in der Generalstaatsanwaltschaft, dass in Taschkent im Laufe des Tages 25 ehemalige und amtierende Mitarbeiter des Geheimdienstes, der Staatsanwaltschaft und der Steuerinspektion verhaftet wurden.
23.3.2018	Nach Angaben usbekischer Menschenrechtler wurden die Schwestern Mechriniso und Sulchumor Chamdamow, die 2010 wegen Angriffs auf den Präsidenten und die verfassungsmäßige Ordnung sowie Gründung und Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation zu sechseinhalb bzw. sieben Jahren Haft verurteilt worden waren, aus der Haft entlassen.
23.3.2018	Nach Angaben der russischen Zentralbank haben usbekische Arbeitsmigranten 2017 mehr als 3,9 Mrd. US-Dollar in ihre Heimat rücküberwiesen.
23.3.2018	Das Abkommen mit Afghanistan über gegenseitige Unterstützung bei Zollangelegenheiten vom 5.12.2017 tritt in Kraft. Es soll einerseits die Abwicklung an der Grenze vereinfachen, andererseits Schmuggel und Drogenhandel erschweren.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Dr. Beate Eschment (verantwortlich)
 Redaktionsassistentin: Ann-Sophie Gast
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2018 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohnstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20

e-mail: beate.eschment@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



Kostenlose Länder-Analysen auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>